

Vorweg die Ukraine Berichte Teile 6, 5, 4, 3, 2 und 1. - nach dem Prinzip der Matrjoschka – Puppe in Puppe - (unter diesem Link):
<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Berichte-Teil-6.pdf>

(**Tipp:** Falls nötig, bei TAZ-Berichten auf den Butten „gerade nicht“ klicken.)

Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

Hier nun weitere Berichte zur Ukraine als Teil 7:

.) **London setzt auf Krieg** : <https://www.jungewelt.de/artikel/423822.russischer-einmarsch-london-setzt-auf-krieg.html> - Großbritannien warnt Ukraine vor zu schnellem Friedensschluss. Kiew hat angeblich Genfer Konvention zu Gefangenen ausgesetzt.
Von Reinhard Lauterbach

Druck aus London: Der britische Premier Johnson will, dass sich Selenskij nicht so schnell auf Frieden einlässt (1.2.2022)

Großbritannien hat nach einem Bericht der Londoner Times die Ukraine davor gewarnt, zu schnell Frieden mit Russland zu schließen. In dem am Freitag erschienenen Text heißt es, Premier Boris Johnson habe den ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij in einem Telefongespräch aufgefordert, nicht um eines schnellen Friedens willen nachteilige Bedingungen in Kauf zu nehmen. Die Zeitung zitierte einen hohen Regierungsbeamten mit der Aussage, London befürchte, dass die USA, Frankreich und die BRD »übereifrig« seien, einen Friedensschluss zu erreichen, auch wenn dies zu Lasten der Ukraine gehe. Kiew solle Frieden aus einer Position der Stärke schließen. Die Aussage stimmt inhaltlich überein mit einer Äußerung der britischen Außenministerin Elisabeth Truss vor Parlamentariern am Montag. Die Ukraine müsse davor bewahrt werden, »ausverkauft« zu werden, sagte sie dort laut Reuters.

Die Statements decken sich auch mit halböffentlichen Einschätzungen britischer und US-Militärs, wonach die Ukraine nach ihrer Aufrüstung durch den Westen Chancen habe, Russland militärisch zu besiegen und so »dem russischen Imperialismus den Todesstoß zu versetzen«. Mit Blick auf die kürzlich bekanntgewordenen Misshandlungen meldete die russische Auslandsaufklärung am Freitag, Kiew habe

London informiert, dass gegenüber russischen Gefangenen die Genfer Konvention – die eine humane Behandlung vorschreibt – nicht angewendet werde.

Am frühen Freitag morgen griffen offenbar ukrainische Kampfhubschrauber ein Treibstofflager in der russischen Stadt Belgorod rund 40 Kilometer östlich der Grenze an. Der Gouverneur der Region berichtete von einem großflächigen Brand, der bis zum Mittag noch andauerte. Menschen seien nicht zu Schaden gekommen. Der bisher nicht von ukrainischer Seite bestätigte Angriff könnte schon der zweite gegen Ziele auf der russischen Seite seit Kriegsbeginn gewesen sein. Vor einigen Tagen hatte das Militär der »Volksrepublik« Lugansk gemeldet, es habe nahe der Stadt Rowenki eine ukrainische Boden-Boden-Rakete vom Typ »SS-21« (NATO-Code) abgefangen. Rowenki liegt ganz im Süden der Republik kurz vor der russischen Grenze, angesichts der Abschussrichtung könnten die russischen Städte Schachty, Taganrog oder Rostow am Don als Ziele vorgesehen gewesen sein.

In der Ukraine zogen sich russische Truppen wie angekündigt aus Teilen des Gebiets Kiew zurück. Insbesondere übergaben sie die Anlage des ehemaligen AKW Tschernobyl wieder unter ukrainische Kontrolle. Aus anderen Vororten von Kiew wurde weiter die Anwesenheit russischer Truppen gemeldet. Die Ukraine verdächtigt Russland, sich aus dem Kiewer Umland nur deshalb zurückzuziehen, um die Truppen im Donbass zu verstärken. Dort eroberten russische Einheiten offenbar weitere Ortschaften westlich und nördlich von Donezk, ohne bisher aber einen strategischen Durchbruch zu erzielen.

Während eines Besuchs in Indien betonte Außenminister Sergej Lawrow, Russland sei an einer »ausbalancierten Weltordnung« interessiert. Westliche Länder würden jedoch alles in Richtung einer unipolaren Welt tun. Auch die Bundesrepublik habe nun ganz ihre Rolle als Alliierte der USA akzeptiert, so Lawrow. Jetzt werde das Land jeglicher US-Politik folgen. Zudem billige sich der kollektive Westen das Recht zu, Zivilisten zu töten und Städte auszuradieren. Wenn dies aber sonst jemand täte, wie etwa Russland in Abwehr einer akuten Bedrohung, werde derjenige verurteilt.

.) Geberkonferenz: Mehr Waffen für Ukraine :

<https://www.jungewelt.de/artikel/423865.geberkonferenz-mehr-waffen-f%C3%BCr-ukraine.html> - Großbritannien und seine Verbündeten haben sich darauf geeinigt, mehr »tödliche Waffen« in die Ukraine zu schicken. Das erklärte der britische Verteidigungsminister Ben Wallace am Donnerstag abend. Zuvor waren auf Einladung Londons mehr als 35 Staaten zu einer »Geberkonferenz für die Ukraine« zusammengekommen. Laut Wallace gehören zu den Waffen Artillerie mit größerer Reichweite, Munition und Flugabwehrwaffen. (Reuters/jW)

.) Preisschock im Supermarkt : <https://www.jungewelt.de/artikel/423841.steigende->

[lebenshaltungskosten-preisschock-im-supermarkt.html](https://www.welt.de/leben/energie/article15111113-lebenshaltungskosten-preisschock-im-supermarkt.html) -

Die Lebensmittelpreise gehen künftig nur in eine Richtung.

Nach bereits drastisch gestiegenen Energiekosten kommen auf die Bürger der Bundesrepublik weiter steigende Lebenshaltungskosten zu. Verschiedene Handelsgrößen kündigten am Freitag enorme Erhöhungen der Lebensmittelpreise an. Durch die gestiegenen Energiepreise hätten diese bereits im vergangenen Jahr um fünf Prozent angezogen, sagte Josef Sanktjohanser, Präsident des Handelsverbands Deutschland (HDE), am Freitag der Neuen Osnabrücker Zeitung. Es sei nun eine »zweite Welle der Preissteigerungen« zu erwarten, die »mit Sicherheit zweistellig« ausfallen werde, so der HDE-Präsident. Bei Lebensmittelpreisen sei vorerst »keine anhaltende Abwärtsbewegung« zu erwarten.

Der Lebensmittelkonzern Aldi kündigte am Freitag an, tierische Produkte wie Fleisch, Wurst und Butter ab Montag »deutlich teurer« zu verkaufen, wie Aldi-Nord-Sprecher Florian Scholbeck gegenüber dpa erklärte. Wie die Westdeutsche Allgemeine Zeitung zuvor berichtet hatte, plant Konzernschwester Aldi Süd ebenfalls, die Preise anzuheben. Auch die Rewe-Gruppe kündigte künftig höhere Verkaufspreise an und begründete diese mit gestiegenen Kosten »bei Rohstoffen, Energie und Logistik sowie Preiserhöhungen der Lebensmittelindustrie und Lieferanten«, wie ein Sprecher der Gruppe mitteilte. Aldi-Sprecher Scholbeck begründete die Steigerungen des Discounters mit gestiegenen Kosten in der Lieferkette. Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine gebe es »Sprünge bei den Einkaufspreisen, die wir so noch nicht erlebt haben«. Landwirte in der Viehhaltung und die fleischverarbeitende Industrie bekämen die deutlichen Preissteigerungen bei Futter- und Düngemitteln zu spüren.

Diskussionen um Kostensteigerungen und Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf die Landwirtschaft begleiteten auch die am Freitag in Magdeburg zu Ende gegangene Agrarministerkonferenz, deren Ergebnisse erst nach jW-Redaktionsschluss bekanntgegeben wurden. Einige Agrarverbände hatten bereits vor der Konferenz gefordert, den Ausfall ukrainischer Ernten und Exporte durch eine Intensivierung der Produktion und den Anbau auf ökologischen Vorrangflächen auszugleichen. Die Auswirkungen dürften hierzulande aufzufangen sein. Es dürfte Länder beispielsweise in Nordafrika hart treffen, die bislang bis zu 80 Prozent ihrer Getreideeinfuhren aus der Ukraine bezogen. Der Konferenzvorsitzende und Agrarminister von Sachsen-Anhalt, Sven Schulze (CDU), hatte am Donnerstag im Interview beim MDR geäußert, die Konferenz werde vom Krieg »überlagert«. Ökologische Vorrangflächen wolle der Minister nicht nur für den Anbau von Futter, sondern auch für die Nahrungsmittelerzeugung freigeben. Man könne es »niemandem erklären«, dass hierzulande Böden ungenutzt blieben »und andere Menschen Hunger leiden«.

Eine Intensivierung der Landwirtschaft und die Schleifung ökologischer Auflagen mit

drohenden Hungersnöten zu begründen spiele »eine Krise gegen die andere aus« und sei »inhaltlich unsinnig«, sagte Reiko Wöllert, stellvertretender Bundesvorsitzender und thüringischer Landesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), gegenüber jW. Es sei bekannt, dass ein Umbau der Landwirtschaft notwendig sei, keine intensivere Produktion, die keinen Hunger bekämpfe. »Die Frage ist: Wieviel Getreide landet bei uns auf dem Teller, und wieviel landet im Trog«, so Wöllert. Es sei notwendig, dass insgesamt weniger Tiere gehalten werden, »aber die Bäuerinnen und Bauern müssen mit ihren Betrieben weiterhin bestehen können«.

Es komme jetzt darauf an, dass das Geld »nicht in der Vermarktungs- und Verarbeitungskette hängenbleibt«, sagte der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Bernhard Krüsken, am Freitag. Preissteigerungen seien aber ein folgerichtiger und notwendiger Schritt. Die »ohnehin viel zu niedrigen Erzeugerpreise« müssten »deutlich erhöht werden«, sagte Ottmar Ilchmann, Milchviehalter und Vorsitzender der AbL Niedersachsen am Freitag zu jW. Viele Bäuerinnen und Bauern kämen durch die »bisher nicht gekannten Kostensteigerungen« in Existenznot. Lebensmittelkonzerne und viele Verarbeiter könnten einen Teil dieser Steigerungen »sicher« durch »Verringerung ihrer üppigen Handelsspannen ausgleichen«. Das Geld müsse »auch an die Bäuerinnen und Bauern weitergeben« werden, gleichzeitig müsse »die Politik für einen Ausgleich für einkommensschwächere Haushalte sorgen«.

.) Linkes Forum – Aktuell : <https://consortiumnews.com/2022/03/22/chris-hedges-the-lie-of-american-innocence> - Ein Artikel des mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichneten Journalisten Chris Hedges

Hier ein Auszug. Den vollständigen Artikel ist unten verlinkt.

Wie in Putins Russland werden auch in den USA diejenigen zum Schweigen gebracht und verfolgt, die auf Kriegsverbrechen ihres Staates hinweisen. Das erlebt gerade WikiLeaks-Gründer Julian Assange, der kein US-Bürger ist und seine Website auch nicht in den USA betreibt. Trotzdem wird er nach dem Spionagegesetz der USA verfolgt, weil er zahlreiche US-Kriegsverbrechen für die Öffentlichkeit dokumentiert hat. Er wird in einem Hochsicherheitsgefängnis in London festgehalten und kämpft vor britischen Gerichten verzweifelt gegen seine Auslieferung an die USA, wo ihm 175 Jahre Gefängnis drohen.

Ungleiche Regeln

Für Russland sollen andere Regeln als für die USA (und die anderen NATO-Staaten) gelten. Die US-Medien vergießen Krokodilstränen über zensierte russische Medien und ignorieren gleichzeitig die Verfolgung des bedeutendsten Publizisten unserer Generation. Das spricht Bände über die "Besorgnis" der im Westen herrschenden Elite um die Pressefreiheit und die Verbreitung der Wahrheit in westlichen Ländern.

Wenn wir Gerechtigkeit für die Ukrainer fordern, was wir tun sollten, müssen wir auch Gerechtigkeit für die eine Million Menschen fordern, die von US- und anderen NATO-Soldaten bei den Luftangriffen und Überfällen auf (Jugoslawien,) Afghanistan, Pakistan, den Irak und Syrien sowie durch die Unterstützung des Krieges gegen den Jemen umgebracht wurden – darunter 400.000 Zivilisten. Wir müssen auch Gerechtigkeit für diejenigen fordern, die wir verwundet haben und die durch unsere Invasionen erkrankten oder starben, weil wir ihre Krankenhäuser und die Infrastruktur zerbombt haben.

Wir müssen auch Gerechtigkeit für die vielen Tausend Soldaten aus den USA und anderen NATO-Staaten fordern, die getötet oder verwundet wurden und mit körperlichen oder seelischen Narben leben müssen, die aus herbei gelogenen Kriegen stammen (<https://www.dw.com/.../irak-krieg-am-anfang.../a-43279424>).

Gerechtigkeit müssen wir auch für die 38 Millionen Menschen fordern, die durch Kämpfe in Afghanistan, in Pakistan, im Irak, im Jemen, in Somalia, auf den Philippinen, in Libyen, und in Syrien vertrieben wurden. Nach Berechnungen des Watson Institute for International Public Affairs der Brown University ist das die größte Anzahl von Flüchtlingen seit dem Zweiten Weltkrieg (weitere Infos dazu s. unter https://www.luftpост-kl.de/luftp.../LP_19/LP14019_251219.pdf).

Mehrere zehn Millionen Menschen, die keinerlei Verbindung zu den 9/11-Anschlägen hatten, wurden getötet, verwundet, verloren ihre ganze Habe, ihre Lieben und ihr geordnetes Leben – durch Kriegsverbrechen, die in von den USA (und anderen NATO-Staaten) angezettelten völkerrechtswidrigen Angriffskriegen begangen wurden.

Jeder Versuch, US-Kriegsverbrecher zur Rechenschaft zu ziehen, wurde vom Kongress, von US-Gerichten und durch die von den beiden führenden politischen Parteien der USA kontrollierten Medien vereitelt (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpo.../LP_06/LP12106_051106.pdf). Das Center for Constitutional Rights (s. <https://ccrjustice.org/>), das die Architekten dieser völkerrechtswidrigen Angriffskriege vor US-Gerichte bringen wollte, wurde dort abgeblockt – obwohl solche Kriege seit dem Nürnberger Prozess als "die schlimmsten aller Kriegsverbrechen" gelten (s. https://www.luftpост-kl.de/luftp.../LP_11/LP04811_160311.pdf). Das Center hat daraufhin unter Berufung auf die Genfer Konventionen auch vergeblich vor einem deutschen Gericht gegen US Kriegsverbrecher (wie Rumsfeld) und Folterlager wie Guantanamo (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpo.../LP_06/LP09106_290806.pdf) und Abu Ghraib (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpo.../LP_07/LP17807_280807.pdf) geklagt (s. <http://www.ag-friedensforschung.de/.../folter-klage2.html>).

Diejenigen, die das geltende Recht durchsetzen und US-Kriegsverbrecher zur Rechenschaft ziehen könnten, richten ihre moralische Entrüstung aber nur gegen Putin und Russland.

"Absichtlich auf Zivilisten zu schießen, ist ein Kriegsverbrechen," stellte US-

Außenminister Anthony Blinken fest und verurteilte die Russen, weil sie zivile Einrichtungen – darunter ein Krankenhaus, drei Schulen und ein Internat für sehbehinderte Kinder in der ostukrainischen Stadt Luhansk beschossen hätten. "Diese Ereignisse verlängern eine lange Liste von Angriffen auf zivile, nichtmilitärische Ziele in der Ukraine," fügte er hinzu. Beth Van Schaack, eine Sonderbeauftragte für globales Strafrecht, werde eine Untersuchungskommission des US-Außenministeriums leiten, die internationalen Bemühungen um die Aufklärung russischer Kriegsverbrechen unterstützen solle, damit die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Auch diese Heuchelei beruht auf den Lügen die wir über uns selbst verbreiten, während wir unsere massiven Waffenlieferungen an die Ukraine fortsetzen. Das Liefern von Waffen für Stellvertreterkriege war schon im Kalten Krieg eine Spezialität der USA und die wurde jetzt wieder aufgenommen (s. dazu auch <https://www.reuters.com/.../usa-trump-waffenexporte...>).

US-Verbrechen zählen nicht.

Wenn die Ukrainer heldenhafte Widerstandskämpfer sind, was waren dann die Kämpfer, die sich im Irak und in Afghanistan ebenso tapfer und ebenso hartnäckig gegen ausländische Invasoren gewehrt haben wie die Ukrainer gegen die Russen? Warum wurden die nicht gefeiert, und warum wurden damals den USA keine Sanktionen auferlegt? Warum wurden diejenigen, die im Nahen und Mittleren Osten ihre Länder gegen ausländische Invasoren verteidigt haben oder wie die Palästinenser unter israelischer Besetzung leiden, nicht auch mit Tausenden von Panzerabwehrwaffen und Stinger-Raketen zur Luftabwehr beliefert – oder mit Hubschraubern, bewaffneten Drohnen, Maschinengewehren und der dazu passenden Munition in jeweils riesigen Mengen? Warum hat der Kongress diesen Kämpfern nicht auch militärische und humanitäre Hilfe im Wert von 13,6 Milliarden Dollar bewilligt – wie dem ukrainischen Militär, das schon vorher 1,2 Milliarden Dollar erhalten hat?

Wir wissen doch warum: Weil weder unsere Kriegsverbrechen noch die Menschen zählen, die ihnen zum Opfer gefallen sind. Wenn wir immer mit zweierlei Maß messen, kann sich das Völkerrecht nie durchsetzen.

Unsere diesbezügliche Heuchelei ist nicht neu. Es gibt keinen moralischen Unterschied zwischen den US-Bombenangriffen auf die Zivilbevölkerung. Die im Zweiten Weltkrieg waren genau so verwerflich wie die in Vietnam oder im Irak. Die Zerstörung der Zentren ukrainischer Städte durch russische Bomben und Raketen sind genau so zu verurteilen wie die 9/11-Anschläge auf das World Trade Center (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpo.../LP_19/LP03220_130420.pdf). Seit Jahrzehnten bringen wir mit Bombenteppichen weltweit Tod und Verderben über Städte, und unsere Gegenspieler tun nur das Gleiche.

Vorsätzliche Angriffe auf Zivilisten sind Kriegsverbrechen – völlig unabhängig davon,

ob sie in Bagdad, Kiew, Gaza oder New York City stattfinden. Die Tötung von mindestens 112 ukrainischen Kindern, die nach ukrainischen Angaben am 19.03.22 erfolgt sein soll, wäre eine Untat. Schändlich ist aber auch die Tötung von 551 palästinensischen Kindern, die nach UN-Angaben während des israelischen Angriffs auf Gaza im Jahr 2014 den Tod fanden. Auch die 230.000 Menschen im Jemen, die im Laufe der letzten sieben Jahre durch saudische Bomben und Blockadeaktionen umkamen, verhungerten oder an Cholera verstarben, sind Opfer von Kriegsverbrechen. Warum gab es keine Aufrufe zur Errichtung von Flugverbotszonen über Gaza oder über dem Jemen? Wie viele Leben hätten dadurch gerettet werden können?

Alle Kriegsverbrechen müssen nach den gleichen moralischen Maßstäben beurteilt werden. Warum geschieht das nicht? Weil für Weiße europäischer Abstammung andere Standards als für alle anderen Bewohner der Erde gelten!

Die westlichen Medien haben Freiwillige aus Europa und den USA, die in der Ukraine kämpfen wollen, zu "Helden" erklärt. Im Westen lebende Muslime, die sich islamistischen Widerstandsgruppen anschließen, die ebenfalls ausländische Invasoren bekämpfen, werden als "Terroristen" kriminalisiert. Putin geht hart gegen die Presse vor. Das tut aber auch der saudische König Mohammed bin Salman, der außerdem die grausame Ermordung meines Freundes und Kollegen Jamal Khashoggi (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Jamal_Khashoggi) angeordnet hat und kürzlich die Hinrichtung von 81 zum Tod verurteilten Kriminellen an einem Tag vollziehen ließ. Und der ist unser Verbündeter.

Wir sollten uns nicht länger den "Gesetzen des Krieges" unterwerfen.

Im Zweiten Weltkrieg waren die Alliierten zunächst der Ansicht, dass der Einsatz industrieller Waffen gegen die Zivilbevölkerung als Kriegsverbrechen zu ächten sei. Aber schon 18 Monate nach Kriegsbeginn begannen die Deutschen, die US-Amerikaner und die Briten unbarmherzig Städte zu bombardieren. Am Ende des Krieges war jedes fünfte Haus in Deutschland zerstört, eine Million deutsche Zivilisten waren bei Luftangriffen getötet oder verletzt worden und 7,5 Millionen Deutsche waren obdachlos.

Der Taktik des Flächenbombardements mit Spreng- und Brandbomben fielen Städte wie Dresden, Hamburg und Tokio zum Opfer. In der japanischen Hauptstadt Tokio starben 90.000 Zivilisten und eine Million wurden obdachlos. Die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki kosteten auch noch Jahre danach insgesamt 226.000 Menschen das Leben – die meisten davon Zivilisten. Bei Bombenangriffen soll mit Massenmord und Terror vor allem die Moral der Zivilbevölkerung gebrochen werden. Auch die Städte Leningrad, Stalingrad, Warschau, Coventry, Royan, Rotterdam und Nanking (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Nanjing>) wurden ausgelöscht. Flächenbombardements haben die Architekten aller modernen Kriege zu Kriegsverbrechern gemacht.

Mit dem Zweiten Weltkrieg sind Zivilisten zu legitimen Zielen geworden. Im Sommer 1965, nannte der damalige US-Verteidigungsminister Robert McNamara die Flächenbombardements nördlich von Saigon, die Hunderttausende töteten, "ein wirkungsvolles Mittel der Kommunikation mit der (kommunistischen) Regierung in Hanoi".

Anders als die meisten anderen Kriegsverbrecher wurde McNamara sechs Jahre vor seinem Tod von Selbstzweifeln heimgesucht. In einem Interview in dem Dokumentarfilm "The Fog of War" (s. https://de.wikipedia.org/wiki/The_Fog_of_War) bedauerte er nicht nur die Bombenangriffe auf Zivilisten in Vietnam (die er selbst zu verantworten hatte), sondern auch die Bombenangriffe auf japanische Zivilisten im Zweiten Weltkrieg, die General Curtis LeMay von der Air Force angeordnet hatte. "LeMay äußerte, wenn wir den Krieg verloren hätten, wären wir alle als Kriegsverbrecher verfolgt worden," berichtet McNamara in dem Film. "Und ich denke, dass er Recht hat, denn LeMay hat erkannt, dass sein Handeln im Falle einer Niederlage als unmoralisch angesehen worden wäre. Ist es denn nach dem Sieg moralisch zu rechtfertigen?"

LeMay war im Korea-Krieg Chef der Strategischen Luftstreitkräfte und hat auch über Korea Tonnen von Napalm und Brandbomben auf Zivilisten abwerfen lassen. Nach seiner eigenen Schätzung wurden dadurch in nur drei Jahren 20 Prozent der koreanischen Bevölkerung ausgelöscht..

Diese Art des industriellen Tötens kennzeichnet alle modernen Kriege. Es ist ein unpersönliches Massenschlachten, das mit Hilfe bürokratischer Strukturen akribisch vorbereitet wird. Deshalb kann es Monate oder sogar Jahre andauern. Es ist nur möglich, weil die Rüstungsindustrie in einem ständig fließenden Strom Waffen aller Art produziert – Panzer, Flugzeuge, Hubschrauber, Kriegsschiffe, Unterseeboote, Raketen und Munition aller Kaliber. Das alles wird serienmäßig hergestellt, fortlaufend ausgeliefert und mit den Soldaten per Eisenbahn, Schiff, Transportflugzeug oder Lastwagen auf das Schlachtfeld geschafft.

So sind industrielle, politische und bürokratische Organisationsstrukturen entstanden und durch zentralisierte Informations- und Kontrollsysteme vervollständigt worden, die den totalen Krieg möglich machten. Spezialisten und Experten aus dem militärischen Establishment liefern, unterstützt von gekauften Wissenschaftlern und willfährigen Medien, angeblich "rationale Begründungen für diesen Wahnsinn.

Der industrielle Krieg zerstört alle vorhandenen Wertesysteme, die das Leben auf der Erde schützen und sein Fortbestehen sichern. Er setzt an ihre Stelle Angst und Hass auf entmenschlichte "Feinde", die – das wird uns eingetrichtert – den Tod verdienen. Es zählen nur noch Emotionen, Fakten und die Wahrheit werden unterdrückt. Es gibt nur noch Schwarz und Weiß – ein kindliches binäres Weltbild, das nur noch Verbündete und "Feinde" kennt. Menschen mit abweichende Ansichten, Ideen oder

Werten, die keine nationalistische Sprüche klopfen wollen, müssen sich verstellen oder untertauchen.

Dabei wird so getan, als sei Krieg ein unvermeidlicher Schritt in eine bessere Zukunft, in Wirklichkeit bringt uns aber jeder weitere Krieg nur der Auslöschung in einem atomaren Inferno näher. Die Militärs und die Massenmedien hetzen die getäuschte Bevölkerung und naive junge Soldaten mit dem Mythos vom Heldentum und vom ehrenhaftem Heldentod so lange auf, bis sie widerstandslos in den Tod gehen. Schon Alfred Kazin (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Kazin) warnte: "Die technologisierte Gesellschaft wird im Krieg enden." Entmenschlichte Frankensteins werden uns alle umbringen.

Alle, die bisher als Kriegsverbrecher verurteilt wurden – die führenden Nazis in Nürnberg oder die Staatschefs Liberias, des Tschads, Serbiens und Bosniens – wurden nur verurteilt, weil sie einen Krieg verloren haben und von den USA bekämpft wurden.

Ein weiteres "Nürnberg" wird es nicht mehr geben.

Die Herrscher Saudi-Arabiens werden sich nicht für ihre Kriegsverbrechen im Jemen verantworten müssen. Die politische und militärische Führung der USA wird nie für die Kriegsverbrechen in Afghanistan, im Irak, in Syrien und Libyen und die vorher in Vietnam, Kambodscha und Laos begangenen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wenn von US-Soldaten verübte Gräueltaten wie die in My Lai (s.

https://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_von_M%E1%BB%B9_Lai) , wo 500 unbewaffnete vietnamesische Zivilisten erschossen wurden, ans Licht kommen, wird nur ein Sündenbock – meist ein rangniederer Offizier – mit einer symbolischen Strafe belegt. Für den Massenmord in My Lai stand Leutnant William Calley nur drei Jahre unter Hausarrest. Wegen der Folterungen im Gefängnis Abu Ghraib im Irak wurden nur elf US-Soldaten und kein einziger Offizier mit Gefängnis bestraft, aber vorzeitig entlassen. Planer und Oberbefehlshaber industriellen Schlächtereien wie Franklin D. Roosevelt, Winston Churchill, General Curtis LeMay, Harry S. Truman, Richard Nixon, Henry Kissinger, Lyndon B. Johnson, General William Westmoreland, George W. Bush, General David Petraeus, Barack Obama und Joe Biden mussten keine Rechenschaft ablegen und die noch Lebenden werden das auch niemals tun müssen. Nach Ende ihrer Amtszeit setzen sie sich einfach als "Elder Statesmen" zur Ruhe.

Das Massenschlachten in industriell geführten Kriegen und das Versäumnis Kriegsverbrecher in unseren eigenen Reihen zur Rechenschaft zu ziehen und zu bestrafen, wird unheilvolle Folgen haben. Der Autor und Holocaust-Überlebende Primo Levi hat erkannt, dass die Entmenschlichung Anderer Voraussetzung für ihre physische Auslöschung ist.

Wir sind zu Gefangenen unserer industriellen Tötungsmaschinen geworden. Politiker und Generäle setzen diese Waffen trotz ihrer enormen Zerstörungskraft ein, als seien es Spielzeuge. Wer vor dem Wahnsinn warnt und die Einhaltung des

Völkerrechts fordert, wird angegriffen und niedergemacht. Die industriellen Waffensysteme sind zu Idolen unserer Zeit geworden.

Wir beten ihre tödliche Vernichtungskraft geradezu an. Dabei lehrt uns doch schon die Bibel, dass solche Idole immer Opfer fordern und am Ende mitsamt ihren Anbetern untergehen.

Chris Hedges ist ein mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete Journalist, der 15 Jahre lang als Auslandskorrespondent für die New York Times gearbeitet und deren Büros für den Mittleren Osten und den Balkan geleitet hat. Vorher war er Auslandskorrespondent für die Dallas Morning News, den Christian Science Monitor und den US-Radiosender NPR.

Übersetzt von Wolfgang Jung und Fee Eva Strieffler 26.2.2022

.) **»Die Schande ist einfach zu groß«** : <https://www.jungewelt.de/artikel/423855.krieg-in-der-ukraine-die-schande-ist-einfach-zu-gro%C3%9F.html> - Krieg in der Ukraine: Wiederkehr verdrängter Widersprüche der westlichen Wertegemeinschaft und moralische Dammbürche in der Linken. Ein Gespräch mit Alberto Fazolo - Unwidersprochen: Fackeldemonstration in Kiew zu Ehren des Nazikollaborateurs Stepan Bandera - Alberto Fazolo ist ein Publizist aus Rom und Koautor des Buches »In Donbass non si passa. La resistenza antifascista alle porte dell'Europa« (Im Donbass sind sie nicht durchgekommen. Antifaschistischer Widerstand vor den Toren Europas), das 2018 erschienen ist. Von 2015 bis 2017 hat er in der international nicht anerkannten »Volkrepublik Lugansk« mit dem politischen Kommissar der Kommunistischen Einheit, ab 2016 Kommandeur der »Prizrak«-Brigade, Alexej Markow, humanitäre Hilfe und politische Projekte organisiert

Was ist die größte Lüge des Kriegs in der Ukraine?

Es wird über den Faschismus gelogen, der dort seit 2014 tobt. Westliche Politiker und Medien haben damals behauptet, der Regimewechsel sei eine »demokratische Revolution«, und die Mitwirkung von Nazis verheimlicht. Sie waren mit dem Widerspruch konfrontiert, dass sie faschistische Gruppen unterstützt haben – diese Schande ist einfach zu groß, um sie verwalten zu können. Also haben sie alles vertuscht. Als Putin das Naziproblem als offiziellen Anlass genutzt hat, um einen Krieg in der Ukraine zu führen, der sich in Wirklichkeit gegen die USA und die NATO richtet, ist der Widerspruch, in den sich der Westen begeben hat, regelrecht explodiert. Diese Lügen müssen wir aufdecken, sonst können wir das Problem nicht verstehen.

Sie schreiben in Ihrem Buch »Im Donbass sind sie nicht durchgekommen«, die faschistischen Bataillone seien im Bürgerkrieg von der ukrainischen Armeeführung nicht zuletzt eingesetzt worden, um Soldaten einzuschüchtern, die den Gehorsam

verweigerten. Welche Rolle spielen sie seit dem russischen Einmarsch?

Die Medien stellen die faschistischen Bataillone als die wahren Verteidiger der Ukraine dar. Auch wenn sicher einige ihrer Kombattanten tapfer kämpfen – die Realität sieht anders aus: Die Nazis benutzen die Bevölkerung als menschliches Schutzschild; viele Zivilisten, die aus den von russischen Truppen belagerten Städten zu fliehen versuchen, werden von ihnen beschossen und getötet. Aber die Faschisten bringen auch außerhalb der Kampfzonen Menschen um: politische Dissidenten, Russen, Roma. Sie erfahren derzeit mehr Zuspruch in der Bevölkerung als früher. Die Kriegspropaganda funktioniert in der Ukraine schon seit langem recht gut, aber jetzt ist alles noch schlimmer geworden.

Bei den Friedensdemonstrationen in den westlichen Ländern tauchen Ukrainer auf, die nicht nur mehr Waffen und Flugverbotszonen von der NATO fordern, sondern auch die Massen agitieren, mit ihnen »Slawa Ukrajini – herojam slawa!« zu rufen. Wie erklären Sie sich, dass viele Teilnehmer frenetisch einstimmen?

Es sind auch die schwarz-rote Fahne des ukrainischen Marionettenstaates während der Besatzung durch Hitlerdeutschland oder Symbole der gegenwärtig im Krieg gegen Russland kämpfenden rechten Spezialeinheiten zu sehen, die das Erbe der Nazikollaborateure angetreten haben. Die von Ihnen zitierte Parole stammt von der ukrainischen Abteilung der deutschen Waffen-SS. Die meisten Menschen in Westeuropa, die sich an den Antikriegsprotesten beteiligen, kümmert das in der Regel nicht, weil sie diese Fakten gar nicht kennen. Aber die Leute, die diese Demonstrationen organisieren, müssen es besser wissen. Wenn sie dann trotzdem an der Seite von Faschisten und anderen Rechten marschieren und deren Symbole und Parolen dulden, dann machen sie sich mit ihnen gemein.

Wie verhält sich die Linke in Italien – toleriert sie auch Neonazis auf ihren Antikriegsdemonstrationen?

Die liberale Linke ist solidarisch mit den Faschisten in der Ukraine. Das ist moralisch völlig untragbar. Daher weigert sie sich auch beharrlich einzugestehen, dass es ein großes Nazi-Problem gibt – da findet ein Prozess kollektiver psychischer Verdrängung statt. Diese schreckliche Geschichte konnte passieren, weil die liberale Linke sich von der ideologischen auf die geopolitische Ebene begeben hat. Auf den Friedensdemonstrationen wird hier und da verlangt, dass rechte Symbole entfernt werden, aber die Nazis werden nicht rausgeschmissen – man marschiert einfach gemeinsam weiter. Italien ist ja ein katholisches Land und hat eine große christliche Friedensbewegung. Es mag seltsam klingen, aber manchmal sind die Positionen der katholischen Pazifisten zum Faschismus besser als die der liberalen Linken.

Es gibt sogar westliche Linke, die Geld für die Aufrüstung der nationalistischen Bataillone in der Ukraine sammeln. Domenico Losurdo hatte 2014 eindringlich vor solchen Entwicklungen gewarnt: »Diejenigen, die glauben, ihre ›Links‹-Orientierung attraktiver zu machen, indem sie (...) der Lüge nachgeben, die die humanitären

Kriege flankiert, sollten wissen, dass sie riskieren, sich nicht nur in der Gesellschaft der chauvinistischen Bewohner des Weißen Hauses, sondern auch des faschistischen Duce wiederzufinden«, heißt es in seinem Buch »Wenn die Linke fehlt ...«. Sind wir historisch an diesem Punkt angelangt?

Losurdo hat die Degeneration der Linken verstanden und schlüssig erklärt. Sein wichtigstes Anliegen war es, uns über die »imperialistische Linke« aufzuklären: Bewegungen, die scheinbar links und unabhängig sind, in Wirklichkeit aber im Gramscischen Sinne organisch mit den kapitalistischen Regimes ihrer jeweiligen imperialistischen Länder verbunden und deren Marionetten sind. Das heißt, von einem marxistischen Standpunkt aus betrachtet, ist die proimperiale Linke die beste Opposition, die sich das Kapital wünschen kann – nämlich sein Verbündeter.

Vor welchen Herausforderungen stehen internationale marxistische Kräfte jetzt nach diesen politischen und moralischen Dambrüchen in der Linken?

Als der Westen Nazis für den Regimewechsel in der Ukraine einsetzte, mussten alle kritischen Analysen aufgegeben werden. Die Widersprüche wurden nicht mehr freigelegt, sondern nur noch verdeckt und wuchsen immer weiter. Dass der Westen nun an der Seite der Rechten kämpft, ist nur möglich, weil die bürgerlichen Kräfte ihre Ideale abgeworfen haben. Die klassenkämpferische Linke darf diesen Fehler nicht begehen, sonst wird sie historisch erledigt sein.

Sie waren ein Freund von Alexej Markow, dem Kommandeur der »Prisrak«- oder »Geister«-Brigade, der im Herbst 2020 ums Leben gekommen ist. Hatte er die Eskalation des Ukraine-Kriegs vorausgesehen?

Markow hat den »Prisrak«-Kämpfern zum besseren Verständnis des Verhaltens von Russland immer erklärt, dass es zwei Kriege gebe: Der erste findet in der Ukraine zwischen Faschisten und Antifaschisten und der zweite zwischen Russland und den USA beziehungsweise der NATO in verschiedenen Regionen der Welt statt. Nun sind die beiden Kriege miteinander verschmolzen: Weil der Zeitpunkt jetzt geopolitisch günstig erscheint, ist Russland dem bereits acht Jahre andauernden Krieg in der Ukraine beigetreten, um einen Stellvertreterkrieg gegen die USA zu führen. Markow ging immer davon aus, dass der erste Krieg in der Ukraine perspektivisch mit der Niederlage der Faschisten enden müsse, weil diese zwar hegemonial, aber in der Minderheit seien. Was den zweiten Konflikt zwischen Russland und der NATO angeht – da war Markow immer in Sorge, dass dieser in einen Atomkrieg münden könnte. Sollten die Streitkräfte dieser beiden Mächte jetzt irgendwo aufeinandertreffen, wird die Katastrophe wohl wirklich nicht mehr aufzuhalten sein. Was können Marxisten von Alexej Markow lernen, besonders in dieser Krisensituation?

Kommunisten begehen oft einen großen Fehler und denken, es sei ein grundlegender Unterschied, ob sie an einer Front kämpfen oder im zivilen Leben eine politische Debatte führen. Entscheidend ist jedoch, dass wir die Werkzeuge des

Marxismus richtig nutzen. Markow hat uns bewiesen, dass wir im Krieg nicht nur militärisch, sondern auch moralisch stärker werden können – solange wir menschlich und unserer Weltanschauung verpflichtet bleiben. Das ist der einzige Weg, um andere Menschen zu bewegen, sich unserem Kampf anzuschließen. Wenn wir als gute Kommunisten handeln, dann ist das schon ein Sieg, selbst wenn wir dabei unser Leben verlieren.

.) Solidarität von unten gegenüber Geflüchteten in Polen : <http://rdl.de/beitrag/solidarita-von-unten-gegen-ber-gefl-chteten-polen>

- Wer ist willkommen und wer nicht? Solidarität von unten gegenüber Geflüchteten in Polen - Es gibt in Polen eine breite Solidarität der Zivilgesellschaft gegenüber geflüchteten und gleichzeitig eine zutiefst rassistisch selektierende Grenzpolitik Europas. Während es für Menschen mit ukrainischer Staatsbürgerschaft beispielsweise kostenlose Bahntickets gibt, werden Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze noch immer brutal aufgehalten.

Die Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit wird vom gesamten linken Spektrum getragen und von Teilen der Zivilgesellschaft. Der Staat schmückt sich mit dieser Willkommenskultur.

Ein Interview mit Kerem Schamberger, Referent für Migration und Flucht in der Öffentlichkeitsarbeit von medico international, der in dieser Funktion vom 10. bis 17.03.2022 in Warschau und verschiedenen anderen Städten, und auch an der Belarussischen Grenze war.

.) EU und Flüchtlingsfrage – Wir müssen draußen bleiben! :

<https://lowerclassmag.com/2022/03/30/eu-und-fluechtlingsfrage-wir-muessen-draussen-bleiben/> -

„Maskierte Männer und Grenzbeamte treten auf Geflüchtete ein, setzen Schlagstöcke und Elektroschocks ein.“ Vor gut drei Monaten hat die freie, auf der griechischen Insel Lesbos lebende Journalistin Franziska Grillmeier in einem Beitrag für das medico-Rundschreiben, Zeitschrift der Organisation medico international, mit diesen Worten beschrieben, wie die rechtswidrigen „Pushbacks“ an der bosnischen-kroatischen Grenze meist verlaufen. Es lohnt sich, ihren Text heute noch mal gründlich zu lesen, denn es hat sich nichts geändert. Bei der Lektüre wird vor allem ein grotesker Kontrast deutlich: Hier eine EU, die ihre Abschottung immer mehr perfektioniert, Geflüchtete aus Afghanistan, Syrien, dem Irak oder afrikanischen Ländern im Mittelmeer verrecken lässt oder an Außengrenzen in Polen, Kroatien oder Griechenland zurückprügelt — dort eine EU, deren Mitgliedsstaaten plötzlich, angesichts von mehr als 3,5 Millionen Geflüchteten aus der Ukraine, eine „Willkommenskultur“ ausrufen und sich als Leuchttürme von Freiheit, Demokratie und Humanismus aufspielen.

.) Mariupolis - ARTE Doku - Ukraine Krieg – YouTube : <https://www.youtube.com/watch?v=d5vPPLNp7Ro> -

Mantas Kvedaravicius' Dokumentarfilm ist eine bildgewaltige Hommage an eine Stadt in der Krise, die Widerstand leistet, mit Waffen und ungebrochenem Lebenswillen.

Obwohl sich der Krieg längst in den Alltag eingeschlichen hat, gehen die Arbeiter der Stahlfabriken und Kohlebergwerke weiter ihrer Arbeit nach. Die meisten der rund 500.000 Einwohner arbeiten in der Stahlindustrie.

Nach Feierabend angeln viele, um ihre Teller zu füllen oder zum bloßen Zeitvertreib. Laut den Behörden der in der Ostukraine neu ausgerufenen, prorussischen Republik herrscht hier Waffenstillstand – Peremirja, wörtlich: „der Frieden dazwischen“.

.) Linke Bewegungen : <https://www.rosalux.de/publikation/id/46182/linke-bewegungen>

Interview mit **Bini Adamczak** - Amsterdam, Niederlande: Proteste gegen den Krieg in der Ukraine - Überall auf der Welt protestieren und kämpfen Menschen in unterschiedlichen Bewegungen und aus verschiedenen Beweggründen gegen den sich immer wieder neu erfindenden und doch immer zerstörerischen Kapitalismus. Die Struktur der Proteste ist komplex. Nicht alle sind links. Aber viele. Darin liegt Hoffnung.

Was der Gegenwart eigen ist: Sie kann auf einen globalen Exodus hinauslaufen, bliebe es bei der Art und Weise, wie gewirtschaftet wird und wie Konflikte gelöst werden. Der Kapitalismus ist wandlungsfähig. Er verteidigt mit Klauen und Zähnen, was ihn ausmacht, und ist bereit, auf Demokratie zugunsten totalitärer und autoritärer Versionen seiner selbst zu verzichten. Die Gegenwart kann aber ebenso in eine Zukunft münden, in der sich die Gestaltung von Gesellschaft, die Bewahrung des Ökosystems, die Gewährung grundlegender Menschenrechte für alle nicht länger politischer und gesellschaftlicher Regulierung entzieht. Diese Möglichkeit jedoch ist nur ohne Krieg denkbar. Der niemals die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, stattdessen das Ende aller Politik ist. Seit dem 24. Februar protestieren überall auf der Welt Menschen gegen den Krieg, der an diesem Tag begonnen wurde. Wir wissen nicht, was diese Menschen alles voneinander trennt. Aber was sie eint, sehen wir.

.) »Wir müssen bereit sein, Russland wieder die Hand zu reichen« : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162663.eu-russland-konflikt-wir-muessen-bereit-sein-russland-wieder-die-hand-zu-reichen.html> - Günter Verheugen über das Verhältnis der Europäischen Union zu Moskau und Washington, eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine und die Soft Power Brüssels.

.) Wahllose Angriffe und geächtete Bomben : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162710.ukraine-krieg-wahllose-angriffe-und-geaechtete-bomben.html> -

Amnesty International klassifiziert verschiedene Operationen der russischen Armee als Kriegsverbrechen. Olesky Stowba, ein 41-jähriger Familienvater aus Charkiw,

stand mit seiner Frau vor einem Lebensmittelladen im Stadtteil Mala-Danyliwka, als er plötzlich ein lautes Geräusch hörte: »Ich fiel hin, und meine Frau auch, und ich spürte, wie etwas mein rechtes Bein traf ... Ich zog meine Hose herunter und sah viel Blut.« Es war der 4. März. Chirurgen entfernten später drei Splitter aus seiner rechten Leiste, seiner Wade und seinem Fuß. Die [Menschenrechtsorganisation Amnesty International \(AI\)](#) hat diesen Vorfall dokumentiert und einen Waffenexperten mit der Untersuchung der Splitter beauftragt. Das Ergebnis: Das größte Fragment stammte von Streumunition des Typs 9N210 oder 9N235.

.) Atom-Initiativen] Atomkraft vor Comeback in Japan :

<https://www.fr.de/wirtschaft/atomkraft-vor-comeback-in-japan-91454606.html> - Der Krieg in der Ukraine und die Inflation sorgen in dem Inselstaat für ein Umdenken: Sollte man elf Jahre nach dem Atom-GAU von Fukushima die Kernkraft wieder nutzen? Derart kompliziert sind die Abwägungen, die Notenbanker und Politikerinnen dieser Tage treffen müssen, dass einmal mehr auf ein altes Thema zurückgegriffen wird, das man eigentlich längst ad acta gelegen hatte: Die Atomkraft. Würde man schnellstmöglich wieder mehr Atomkraftwerke in Betrieb nehmen, so die Überlegung mehrerer Politiker der japanischen Konservativen, könnte Japan seine Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus dem Ausland reduzieren. Das für Atomkraft aus dem Ausland einzukaufende Uran käme dabei vor allem aus Australien, mit dem Japan auch verteidigungspolitisch verbündet ist. Japan diskutiert über Atomkraft.

.) Odessa weiter unter Beschuss : <https://taz.de/-Nachrichten-zum-Ukrainekrieg-!/5845905/> -Die südukrainische Hafenstadt Odessa wurde in der Nacht zu Montag erneut beschossen. Präsident Selenski warnt vor weiteren Gräueltaten durch Russland. Russische Truppen haben die [südukrainische Hafenstadt Odessa](#) nach Angaben der Regionalverwaltung in der Nacht zum Montag erneut mit Raketen angegriffen. Dies teilte die Behörde auf Facebook mit. Einzelheiten sollten später bekannt gegeben werden. Von russischer Seite gab es zunächst keine Bestätigung. Die Millionenstadt am Schwarzen Meer war bereits am Wochenende mit Raketen angegriffen worden. Aus dem Verteidigungsministerium in Moskau hieß es dazu, von Schiffen und Flugzeugen aus seien eine Ö Raffinerie und drei Treibstofflager in der Nähe der Stadt beschossen worden.

.) Umgang mit Autokrat Putin: <https://taz.de/Umgang-mit-Autokrat-Putin!/5843138/> - Naive Regime-Change-Fans,,Auf einen Regimewechsel zu setzen, ist leichtfertig. Nicht mit Putin verhandeln zu wollen, ist verständlich, aber falsch. Eine Antwort auf Claus Leggewie. Putin hat den Westen belogen und führt einen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Es gibt Hinweise, dass noch nicht mal der russische Geheimdienst in die Kriegsplanung eingeweiht war. Die politische Elite in der Putin-Diktatur mag genau so großrussisch chauvinistisch verblendet sein wie der Präsident – doch

diesen Krieg würde es ohne Putin nicht geben. Es klingt unterkomplex und nach „Männer machen Geschichte“ – aber es gibt historische Situationen, in denen das Verschwinden einer einzelnen Figur entscheidend sein kann. So hat Jörg Baberowski in „Verbrannte Erde“ anschaulich beschrieben, dass mit Stalins Tod 1953 der barbarische Terror abrupt endete. Putin gestürzt sehen zu wollen, ist ein verständlicher Wunsch. Es erscheint naheliegend, dass der Westen darauf setzen sollte. Genau das hat **US-Präsident Joe Biden kürzlich getan**. Doch dies zur politischen Leitlinie zu machen, ist falsch und kurzsichtig. Diese Position ist genauer betrachtet pure Gesinnungsmoral, die sich um die Folgeschäden nicht kümmert und sich bei entscheidenden Fragen einen schlanken Fuß macht.

.) Vorwurf russischer Kriegsverbrechen: <https://taz.de/Vorwurf-russischer-Kriegsverbrechen/!5845822/> - „Ohne Grund erschossen“, Russlands Armee gibt die

Belagerung von Kiew auf – und hinterlässt Bilder des Grauens: verwüstete Städte voller Leichen. / Russische Massaker in der Ukraine: Charakterzüge ein.

Die Leichen liegen in der Kanalisation, auf der Straße, vor den Häusern, unter Trümmern, im Sand. Manchen sind die Hände hinter dem Rücken gefesselt, manche sind halbnackt, manchen fehlen Körperteile. Seit sich Russlands Invasionsarmee Ende vergangener Woche aus dem Umland der ukrainischen Hauptstadt Kiew zurückgezogen hat, wird allmählich in Frontstädten wie Butscha der Horror sichtbar, den die russische Besatzung hinterlassen hat. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock fasst das weltweite Entsetzen am Sonntagmittag zusammen: „Die Bilder aus Butscha sind unerträglich. Putins hemmungslose Gewalt löscht unschuldige Familien aus und kennt keine Grenzen.“

In Butscha fuhren Journalisten am Wochenende durch regennasse, verwüstete Straßen, übersät mit Toten. Reporter der Nachrichtenagentur AFP sahen am Samstag auf einer einzigen Straße in Butscha mindestens 20 Leichen liegen. Mehrere waren gefesselt, alle trugen zivile Kleidung. „Alle diese Menschen wurden erschossen“, Kopfschüsse, sagte Bürgermeister Anatoly Fedoruk. Es stünden Autos auf den Straßen, in denen „ganze Familien getötet wurden: Kinder, Frauen, Großmütter, Männer“.

Ein BBC-Reporter bestätigte die Angaben. Nach Angaben des Bürgermeisters mussten 280 Menschen in Butscha in Massengräbern beigesetzt werden, da die drei städtischen Friedhöfe in Reichweite des russischen Militärs lagen. Serhii Kaplychnyi, Chef der Rettungsdienste der Stadt, zeigte AFP ein Massengrab hinter einer Kirche, wo seinen Angaben zufolge 57 Tote lagen.

Reporter der Nachrichtenagentur AP in Butscha zählten mindestens sechs tote Zivilisten entlang einer Straße und in einem Vorgarten: Opfer russischer Soldaten, sagten Überlebende. „Diese Leute sind einfach gelaufen und sie haben sie ohne jeden Grund erschossen“, sagte ein Anwohner. Eine Reporterin der britischen Sunday Times fand eine 80-Jährige aus Butscha, die sich in den Wald am Ortsrand geflüchtet hatte. Russische Soldaten hätten ihr in ihrem Haus zu essen gebracht, erzählte sie. Als sie abzog, schaute sie nach den Nachbarn –

die waren alle tot, an Händen und Füßen gefesselt. Die Territorialverteidigung fand später in der gleichen Straße einen Keller mit 18 verstümmelten Leichen, darunter ein 14-jähriges Kind.

.) Entsetzen über russische Gräueltaten in Butscha: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162721.ukraine-krieg-entsetzen-ueber-russische-graeuel-taten-in-butscha.html>

-Nach dem Rückzug der russischen Armee werden in einem Kiewer Vorort Hunderte Leichen entdeckt. Ein ukrainischer Soldat auf einer zerstörten Straße im Kiewer Vorort Butscha: Hier wurden zahlreiche Tote gefunden, die zum Teil gefesselt waren. Der Blick der Kamera aus dem Autofenster zeigt eine Landschaft des Grauens: Alle paar Meter liegen leblose Körper auf der regennassen Straße, Blutlachen auf dem Beton, einem Mann wurden die Hände hinter dem Rücken gefesselt. Immer wieder muss der Fahrer um Leichname herumkurven. Das schockierende Video stammt aus dem Kiewer Vorort Butscha. Das ukrainische Verteidigungsministerium veröffentlichte den Clip am Sonnabend, nachdem sich russische Truppen aus der rund 40 Kilometer nordwestlich von Kiew gelegenen Stadt zurückziehen mussten. Zusammen mit zahlreichen anderen Aufnahmen und Fotos dokumentieren sie möglicherweise ein massives Kriegsverbrechen russischer Truppen in der in Trümmern liegenden Stadt.

»Alle diese Menschen wurden erschossen«, sagte Bürgermeister Anatoly Fedoruk. Die Straßen der Kleinstadt seien mit Leichen übersät. Es stünden Autos auf den Straßen, in denen »ganze Familien getötet wurden: Kinder, Frauen, Großmütter, Männer«. Nach Angaben des Bürgermeisters mussten 280 Menschen in Massengräbern beigesetzt werden, da die drei städtischen Friedhöfe noch in Reichweite des russischen Militärs lagen.

.) Die Suche nach Licht,,Auf der Krim gibt es mehrheitlich Putin-Anhänger:

<https://taz.de/Die-Krim-im-Ukrainekrieg/!5843159/> - Unsere Autorin berichtet, wie sie die Stimmung auf der Halbinsel nicht mehr erträgt – und flieht.

Im Moment habe ich für mein Emigrantenleben keinen Plan. Wie weiter? Ja, ich bin aus der Pestbaracke geflohen, in die sich meine geliebte Krim verwandelt hat. Vor mir liegt die Suche nach neuen Wegen, einer Unterkunft, Arbeit, Menschen. Die Suche nach einem Medikament gegen Hass und Krieg. Die Suche nach Licht. Einverstanden, das klingt zu positiv, die Realität wird eine andere sein. Davon werde ich erzählen, wenn ich überlebe.

Die Halbinsel gehörte ab 1954 zur ukrainischen Sowjetrepublik und war seit Auflösung der Sowjetunion 1991 Teil der Ukraine. Als dort 2014 die Euromaidan-Proteste ausbrachen, kam es zu einer russischen Intervention und separatistischen Bestrebungen auf der Krim. In einem Referendum am 16. März 2014 stimmten laut russischen Behörden 96,7 Prozent für einen Anschluss an Russland. Die Krim wurde wenige Tage später Teil der Russischen Föderation.

Die Abspaltung und das Referendum sind auf internationaler Ebene mehrheitlich nicht anerkannt. In Deutschland wird der Begriff „Annexion“ verwendet.

.) Bundesregierung will Ruhe bewahren: <https://taz.de/Bundesregierung-will-Ruhe-bewahren/!5842992/> -Der Hitzkopf als Kühler Kopf, „Die Bundesregierung betont, sie bewahre kühlen Kopf. Dabei wirken ihre Schreckensbilder von den Folgen eines russischen Gasstops irre erhitzt. Robert Habeck hat bei Markus Lanz den Konsum der Deutschen, inklusive Mettbrötchen, kritisiert.

Neulich ruft eine Supermarktkassiererin ihrem Kollegen gut gelaunt zu: „Drucks doch nicht immer so rum. Sprich einfach ganz normal mit mir!“ „Ich bin schüchtern“, antwortet er. „Du? Bist doch sonst so ein Hitzkopf“, sagt sie und fragt einen Kunden: „Was meinen Sie?“ „Ich bin auch schüchtern“, antwortet er. Und während alle lachen, noch: „Ich bin auch Team Kühler Kopf.“

Vor wenigen Wochen hätte mir diese Szene nicht weiter zu denken gegeben, auch nicht der Umstand, dass der Kollege und der Kunde einen wesentlich geringeren Melaninanteil in Haar und Haut haben als die Kassiererin. Doch seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine sind meine Sensoren für deutsche Verdrücktheit in höchster Alarmbereitschaft. Zwanghaft unterziehe ich alles, was ich höre und sehe, einem Deutschttest. Dabei hatte ich diese Schnäppchenmarktsoziologie des „Typisch deutsch“-Urteils längst in mein persönliches Museum für Ur- und Frühgeschichte gestellt. Für Gegenwartsdiagnosen schien es mir eher unbrauchbar, unzureichend, unlustig geworden zu sein.

„Typisch deutsch“ meint: Lieber nichts als das Falsche sagen und schon gar nicht tun. Lieber Team Kühler Kopf als Team Hitzkopf. Lieber mal abwarten, als was riskieren. Lieber vor Hitler warnen, als Hitler bekämpfen. Lieber raushalten als einmischen. So ungefähr jedenfalls, denn so eine Landsleute-Pauschalisierung ist ja kein Laborwert. Die deutsche Haltung irritiert im Angesicht des Ukrainekrieges inzwischen Leute, die eher konservativ als linksradikal sind, eher Systeme stabilisieren als stürzen wollen und von estnischen Politikern bis zu deutschen Ökonomen reichen.

Während sich die deutsche Regierung als Team Kühler Kopf inszeniert, stellt sie ihre Kritiker als [unverantwortliche und ahnungslose Hitzköpfe dar](#). Dabei sind es die kritisierten Ökonomen, die kühlen Kopfes Modelle berechnen. Und es ist die Regierung, die immer erhitztere Szenarien entwirft: In den Debatten über Swift und Gashähne erwecken diese heißgelaufenen Horrorbilder den Eindruck, die drohende Verwüstung der deutschen Wirtschaft gleiche den Ruinen Mariupols am Tag 26 nach der Belagerung durch Putins Armee.

Die Rede von den „Hunderttausenden Arbeitslosen“ suggeriert, die 2020er könnten die 1920er Jahre werden, die Deutschen wieder Hitler wählen, wenn sie altes Brot essen und alte Klamotten auftragen müssen. Die einzige deutsche Firma, die diese Szenarien lautstark mitmalt? [BASF](#). Ausgerechnet die deutsche Firma, die mit russischem Gas eng verbandelt ist und mit giftigem Gas historische Erfahrungen hat.

Das alles ist, um es typisch deutsch zu sagen: verstörend.

.) Tschechien: Atomtransport mit russischen Flugzeug für das AKW Temelin zum 3. Mal nach Kriegsbeginn in der Ukraine durchgeführt: <https://deutsch.radio.cz/russisches-flugzeug-mit-brennelementen-fuer-akw-beliefert-tschechien-8746589> - Atomtransport durch ein russisches Flugzeug mit Brennelementen für AKW geliefert. Am Donnerstag wurde Tschechien bereits zum dritten Mal seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine mit Brennelementen für Atomkraftwerke beliefert. Darüber informierte der Nachrichtenserver der Tageszeitung Hospodářské noviny. Informationen des Energieunternehmens ČEZ zufolge handelte es sich um eine planmäßige Lieferung. Die Brennelemente wurden ins Atomkraftwerk Temelin gebracht. Für die Belieferung wurde eine Ausnahmegenehmigung ausgestellt, sodass das russische Flugzeug den Luftraum über der EU nutzen konnte. Einem Sprecher des halbstaatlichen Energieunternehmens ČEZ zufolge handelte es sich um die vorerst letzte Lieferung russischer Brennelemente. Das Atomkraftwerk in Temelin sei nun für über zwei Jahre, das in Dukovany für drei Jahre ausgestattet. Beide Kernkraftwerke sind derzeit noch zu einhundert Prozent von russischen Brennstofflieferungen abhängig.

.) Habeck: Bundesnetzagentur Treuhänderin für deutsche Gazprom-Tochter : <https://www.zeit.de/news/2022-04/04/habeck-bundesnetzagentur-treuhaenderin-fuer-deutsche-gazprom-tochter> - Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) setzt die Bundesnetzagentur als Treuhänderin für die deutsche Tochter des russischen Staatskonzerns Gazprom ein. Habeck begründete dies am Montag mit unklaren Rechtsverhältnissen und einem Verstoß gegen Meldevorschriften. Ziel sei es, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Das Ministerium habe eine rechtliche Anordnung erlassen, so Habeck. Grundlage sei das Außenwirtschaftsgesetz. Die Bundesnetzagentur sei vorübergehend Treuhänderin. Dies diene dem Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. "Der Schritt ist zwingend notwendig", so Habeck. Die Versorgungssicherheit sei aktuell gewährleistet. Die Bundesnetzagentur erklärte, sie übernehme für eine Übergangszeit treuhänderisch die Funktion einer Gesellschafterin und könne damit für eine ordnungsgemäße Geschäftsführung sorgen. "Wir sind uns der Verantwortung für die sichere Gasversorgung bewusst, die mit dieser Aufgabe verbunden ist", erklärte Präsident Klaus Müller. "Unser Ziel wird es sein, dass Gazprom Germania im Interesse Deutschlands und Europas geführt wird. Wir wollen alle notwendigen Schritte unternehmen, um die Versorgungssicherheit weiter zu gewährleisten. Die Geschäfte der Gazprom Germania und ihrer Tochterunternehmen sollen in diesem Sinne kontrolliert weitergeführt werden."

Der russische Energieriese Gazprom hatte eigenen Angaben zufolge seine deutsche Tochterfirma Gazprom Germania aufgegeben. Ende März habe die Gazprom-Gruppe

ihre Beteiligung an dem deutschen Unternehmen Gazprom Germania GmbH und allen ihren Vermögenswerten beendet, hatte der russische Konzern am Freitag auf seinem Telegram-Kanal mitgeteilt.

Gazprom Germania ist Eigentümerin weiterer Unternehmen der deutschen Gaswirtschaft. Dazu gehören etwa der Gashändler Wingas, der Gasspeicherbetreiber Astora und eine Minderheitsbeteiligung am Gastransportunternehmen Gascade.

.) Friedensbewegung am Scheideweg -

hier ein Beitrag einer Frau vom FRIKO-Berlin, die den Krieg verteidigt/rechtfertigt
Doris Pumphrey:

<https://www.freidenker.org/?p=12515> - ?????????

.) **Historische, politische und wirtschaftliche Hintergründe des Ukraine-Krieges :**

<https://afsaneyebahar.com/2022/03/25/20693238/> -

Interview mit Jacques Baud unter diesem Link.

Jacques Baud hat ein Hochschulstudium für internationale Beziehungen in Genf absolviert und war u.a. Leiter der Abteilung «Friedenspolitik und Doktrin» des Uno-Departements für friedenserhaltende Operationen in New York und der Uno-Expertengruppe für die Reform des Sicherheitssektors und die Rechtsstaatlichkeit. Als ehemaliger Mitarbeiter der NATO weiß er über asymmetrische Kriegsführung, Terrorismus und Desinformation Bescheid.

.) **»Im Krieg wird er von der Leine gelassen« :**

<https://www.jungewelt.de/artikel/424013.propaganda-und-pogromstimmung-im-krieg-wird-er-von-der-leine-gelassen.html> -

Gegen die Barbarei von Kriegs- und Völkerhetze muss zugrunde liegender Rassismus aufgedeckt werden. Ein Gespräch mit Hans-Rüdiger Minow - Ziel rassistischer Attacke: Polnisch-russischer Supermarkt in Oberhausen (3.3.2022) Hans-Rüdiger Minow ist Mitglied im Vorstand des gemeinnützigen Vereins »Zug der Erinnerung«, welcher sich der Erinnerung an die Verschleppung Hunderttausender europäischer Kinder in die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis verschrieben hat In einem aktuellen Rundschreiben bedankt sich Ihr Verein bei allen Unterstützern des Gedenkens an die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges gegen die UdSSR und dabei insbesondere bei »russischen Unterstützern jüdischer Nationalität«. Was hat Sie zu diesem Schritt bewogen? Anlass unseres Rundschreibens ist der Konflikt in der Ukraine, der mit einer ungeheuren Kriegs- und Völkerhetze vorangetrieben wird. Sie gilt dem jeweiligen Gegner. Der deutsche Gegner sitzt im Kreml und trägt alle Züge einer rassistischen Überhöhung, die die eigentliche Sache verdeckt. Man fühlt sich an die Eroberungszüge des Deutschritterordens im Mittelalter erinnert. Das damals entstandene Gegnerbild war das des vertierten östlichen Heiden: eine rassistische

Zuschreibung. Vorwand war eine angebliche »Christianisierung«. In Wirklichkeit ging es um militärische Landnahme unter dem Kreuz Jesu.

Seit damals ist der rassistische Antislawismus immer wieder benutzt worden. In besonders mörderischer Weise geschah das im Zweiten Weltkrieg, als dem Konstrukt des jüdischen Untermenschen der verschlagene russische Bolschewik zugeschlagen wurde. Diese beiden Rasseprojektionen wurden miteinander verschmolzen und waren sehr erfolgreich. Das darf sich nicht wiederholen! Deswegen haben wir uns insbesondere bei unseren russischen Unterstützern jüdischer Nationalität bedankt. Die gegenwärtige Kriegs- und Völkerhetze hat gefährliche rassistische Anklänge.

.) Demonstrationen in deutschen Städten: <https://taz.de/Demonstrationen-in-deutschen-Staedten/!5843274/> -**Entsetzen über russischen Autokorso**, In Berlin und anderswo wurde für Russland demonstriert. Die Bundesregierung warnt vor Desinformation, ein Innenminister will härtere Auflagen.

Christian F. sagt, „Krieg ist immer scheiße“. Aber der Berliner Autohändler betont am Montag im Gespräch mit der taz ebenso: „Wir brauchen auch wieder Ruhe hier.“ Es werde so viel „Propaganda“ über die Kämpfe in der Ukraine geschrieben. Vor allem an den Schulen habe das nichts zu suchen, findet der Deutschrusse, der vor vielen Jahren nach Deutschland zog, hier bereits seinen Wehrdienst leistete. „Die Kinder hier sollen damit nicht belastet werden, sondern ihre Kindheit leben.“

Was genau aber die Propaganda sei, wie es den Kindern in der Ukraine gehe und wie er zu den russischen Kriegsverbrechen stehe, dazu schweigt Christian F. „Warum soll ich etwas dazu sagen?“, sagt er nur. „Was habe ich als deutscher Bürger damit zu tun?“

Am Sonntag aber organisierte der KfZ-Spezialist einen Autokorso in Berlin. „Keine Propaganda in der Schule, Schutz für russischsprachige Leute, keine Diskriminierung“ lautete der Titel. Mit 30 Fahrzeugen habe er gerechnet, sagt F. Am Ende wurden es laut Polizei rund 400, die drei Stunden lang mit Russlandfahnen und hupend einmal quer durch die Hauptstadt fuhren – Christian F. voran. Unter ihnen laut Augenzeugen viele Russischsprachige. Die Resonanz habe ihn auch überrascht, sagt der Familienvater. „Aber das beweist ja, dass es ein Problem gibt.“

.) Mehr als 300 Leichen in Butscha / Massaker in Butscha: Zwischen Minen und Toten : <https://taz.de/Massaker-in-Butscha/!5843277/> - Aus dem Kiewer Vorort kommen immer mehr verstörende Details über den Massenmord - Der Schmerz der Überlebenden: Die 57-jährige Tanya Nedashkivs'ka trauert um ihren Mann, der in dem Kiewer Vorort Butscha getötet wurde. Die Zahl der in Butscha mutmaßlich von russischen Soldaten getöteten Zivilisten steigt. Nach dem Abzug von Moskaus Truppen aus dem Kiewer Vorort seien fast 340 Leichen geborgen worden, berichtet das ukrainische Medienportal »Nowoje Wremja« am Montagmorgen unter Berufung

auf einen lokalen Bestattungsdienst. Tags zuvor lag die Zahl der Getöteten in der Stadt noch bei 280. Insgesamt wurden in den rückeroberten Orten um Kiew 410 Leichname gezählt, meldete die ukrainische Staatsanwaltschaft am Sonntag. Ukrainische Medien rechnen mit dem Fund weiterer Toter: Dem Bestattungsdienst in Butscha seien mindestens 20 weitere Fundplätze von Leichen im Stadtgebiet bekannt, schreibt »Nowoje Wremja«. Viele Menschen seien provisorisch in Gemüsegärten und Hinterhöfen begraben worden. Es gebe keine endgültige Liste der Getöteten. Die Angaben sind nicht unabhängig überprüfbar.

Augenzeugen berichten über die gezielte Tötung ukrainischer Zivilisten in Butscha. In einem Interview des russischsprachigen polnischen Staatssenders Belsat schildert ein Anwohner der Stadt die Erschießung von acht Ukrainern. [Russische Soldaten](#) hätten zuvor überprüft, welcher der Einwohner in der Zeit zwischen 2014 und 2018 auf Seiten der ukrainischen Armee im Donbass gekämpft habe. Die russischen Soldaten hätten auch nach Tattoos gesucht - offenbar auf der Suche nach Anzeichen für eine Nazi-Zugehörigkeit der Männer. Die Tötungen seien durch Kopf- und Herzschüsse erfolgt.

Eine weitere Hinrichtung in Butscha beschreibt ein am Sonntag veröffentlichter Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, der sich auf Schilderungen von Augenzeugen stützt. Demnach sollen russische Soldaten Anfang März fünf Ukrainer in Butscha festgenommen, in die Knie gezwungen und einem von ihnen in den Hinterkopf geschossen haben. Das Schicksal der anderen Männer ist unbekannt. In einem Bericht der britischen BBC berichten andere Einwohner, russische Soldaten hätten bei ihrem Rückzug aus Butscha willkürlich auf ukrainische Zivilisten geschossen, die ihnen zufällig in den Weg kamen.

»So wird der russische Staat ab jetzt wahrgenommen werden«, kommentierte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in einer Videoansprache das Blutbad in Butscha. »Eure Kultur und eure Menschlichkeit sind zusammen mit den Ukrainern und Ukrainerinnen gestorben.« Das russische Verteidigungsministerium wies die Berichte aus Butscha am Sonntag als »Inszenierung« und »Provokation« zurück.

.) Die Kosten des Nichtstuns: <https://taz.de/Energieboykott-und-Ukraine-Krieg/!5843294/> - Energieboykott-Gegner berücksichtigen nicht, was es Deutschland kostet, wenn der Krieg nicht rasch endet – monetär, machtpolitisch und moralisch. Der Ort Butscha ist am Wochenende auf der Landkarte Europas aufgetaucht und wird von dort nicht mehr verschwinden. Eine Kleinstadt, eigentlich unbedeutend, ist über Nacht zum Synonym für **mutmaßliche Kriegsverbrechen** geworden.

Es sind Fotos wie die der Leichen aus dem Kiewer Vorort, die an sich zwar nicht überraschen, die das Grauen eines Krieges aber doch viel näher an uns heranrücken, dessen Wahrnehmung verändern und zum Wendepunkt im Umgang mit den Täter*innen werden können. Können, wohlgerne, nicht müssen: Die Macht der Bilder

ist stark, vorerst aber nicht stark genug, um den Kurs der Koalition in Berlin zu ändern. Die Bundesregierung will gemeinsam mit den EU-Partnern die bestehenden Sanktionen nachschärfen, schließt aber weiterhin den Schritt aus, den Russland jenseits eines direkten militärischen Eingriffs am stärksten fürchten muss: einen sofortigen Energieboykott, der der russischen Wirtschaft den entscheidenden Stoß versetzen könnte. **Die Ampel führt gute Argumente gegen diesen Schritt an. Auch der wirtschaftliche Schaden für Deutschland und andere Länder könnte immens sein.** Die Regierung rechnet nicht mit dem denkbar glimpflichsten Szenario, sondern mit dem Worst Case. Im Sinne einer umsichtigen Politik ist das richtig. Auf der Skala der Grausamkeiten gibt es einen Punkt, an dem die Gleichung nicht mehr aufgeht, an dem Deutschland an den Energielieferungen doch nicht mehr festhalten kann. Die Frage, wie viel Leid dafür zusammenkommen muss, ist zynisch. Die Antwort der Ampel wäre trotzdem interessant.

.) Kleine Anfrage LTNRW Grüne 17/16986 :

<https://opal.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-16986.pdf> - "Welche Konsequenzen hat der Krieg Russlands gegen die Ukraine für die Atomwirtschaft in NRW?" Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat auch Konsequenzen für die Atomwirtschaft NRW. Am 8. März verkündete die Betreiberfirma der Urananreicherungsanlage in Gronau Urenco nach einem Bericht der Westfälischen Nachrichten, dass man als Reaktion auf den russischen Angriff die Verträge mit Russland in beide Richtungen gekündigt habe. Bislang sind über die Jahre mehr als 45.000 Tonnen abgereichertes Uranhexafluorid als Abfallstoff aus der Urananreicherung nach Russland verbracht worden, wo dessen mögliche Weiternutzung oder Entsorgung völlig ungeklärt ist.

.) USA 813 Milliarden fürs Militär! : <https://www.heise.de/tp/features/US-Budget-Biden-will-813-Milliarden-Dollar-an-Militaerausgaben-6656493.html> - Wahnsinn - und das in Zeiten der Klimakatastrophe! Für Klimaprogramme sieht der Haushaltsvorschlag 45 Milliarden Dollar für 2023 vor. In seinem neuen Haushaltsvorschlag setzt US-Präsident Biden eindeutige Prioritäten: 773 Milliarden US-Dollar für das Pentagon sowie weitere 40 Milliarden US-Dollar für "verteidigungsbezogene Programme" des FBI, des Energieministeriums und anderer Behörden. In Summe also 813 Milliarden Dollar für das [Budget für die "nationale Sicherheit"](#).

.) Massaker im ukrainischen Butsch: <https://taz.de/Massaker-im-ukrainischen-Butsch/a/!5843393/> - Nebelkerzen aus Moskau / Nach den Massaker in Butsch: Für Russland ist das alles nur gefälscht -

Alles erstunken und erlogen – das ist Russlands Reaktion auf die Bilder von zivilen Opfern mutmaßlicher Massaker durch russische Soldaten in **Butscha** nach der Rückeroberung durch ukrainische Truppen. Russlands Ermittlungskomitee hat ein Verfahren wegen der Verbreitung von „Falschmeldungen“ eingeleitet.

„Soldaten des 72. ukrainischen Hauptzentrums für psychologische Einsätze führten am 4. April in einem Dorf 23 Kilometer nordwestlich von Kiew eine weitere Inszenierung von Filmaufnahmen von Zivilisten durch, die angeblich durch das gewaltsame Vorgehen der russischen Streitkräfte getötet wurden“, erklärte das russische Verteidigungsministerium in Moskau am Dienstag. Am Montag hatte der russische UN-Botschafter [Wassily Nebensia](#) auf einer Pressekonferenz behauptet, die Fotos und Videos von Leichen in Butscha seien „inszeniert“. Außenminister Sergei Lawrow behauptete, die Videoaufnahmen trügen „Zeichen von Fälschung und Manipulation“. Und Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte: „Der zeitliche Ablauf der Ereignisse passt nicht zu den Vorwürfen.“

Das allerdings gilt viel mehr für die russische Darstellung. Der zufolge könnten die Toten von Butscha nicht von russischen Soldaten getötet worden sein, da diese die Kiewer Vorstadt bereits am 30. März verlassen hätten und die Leichen dort erstmals am 3. April gefilmt worden seien. Die britische Investigativplattform „[Bellingcat](#)“ verweist hingegen darauf, dass russische Medien noch am 1. April behauptet hätten, Butscha und andere Frontstädte bei Kiew zu halten.

Ukrainische Truppen rückten am Morgen des 1. April in Butscha ein; die russischen Soldaten sollen am Vorabend abgezogen sein. Die ersten Videos von Leichen in Butscha zirkulierten am 1. April: Aufnahmen aus fahrenden Autos auf einer Straße, an deren Rand Tote zu sehen waren. Zwei Tage später wurden die ersten Journalisten in die Stadt gelassen und filmten dieselben Leichen; seitdem gehen die Bilder um die Welt.

.) Gezielte Tötung von Zivilisten, Uno will eigene Experten zur Untersuchung der Massaker nach Butscha schicken : <https://www.puls24.at/video/puls-24/janik-gezielte-toetung-von-zivilisten-ist-ein-kriegsverbrechen/v-ciy743jw2m5d> - In der Stadt Butscha, nahe der ukrainischen Hauptstadt Kiew, sind auch nach dem Abzug russischer Truppen Tod und Zerstörung allgegenwärtig. Die Hunderte von Leichen, die in den vergangenen Tagen in Vorstädten rund um Kiew gefunden wurden, sind augenscheinlich Opfer von Kriegsverbrechen. So viel lässt sich schon heute ohne große Zweifel feststellen. Nach dem Abzug der russischen Truppen waren in der Kleinstadt Butscha nahe der ukrainischen Hauptstadt Kiew mindestens 330 Todesopfer entdeckt worden.

.) Reaktionen auf Massaker in Butscha: [https://taz.de/Reaktionen-auf-Massaker-in-Butscha/!](https://taz.de/Reaktionen-auf-Massaker-in-Butscha/)

[5846984/](#) - Druck auf Russland steigt, „Westliche Länder reagieren auf das Massaker in der Stadt Butscha. Sie verstärken ihre diplomatische und militärische Unterstützung. UN-Menschenrechtsrat im März: Niemand will dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zuhören. Der Versprecher des russischen UN-Botschafters Wassily Nebensia in einer Pressekonferenz am Montagabend in New York war vielsagend: „Die Leichen in Butscha, die nicht da waren bevor die russischen Truppen kamen – äh, gingen, Entschuldigung: bevor sie gingen.“ So leitete der Diplomat seine Behauptung ein, die Horrorbilder aus der ukrainischen Kleinstadt nahe Kiew seien von der Ukraine „inszeniert“ worden.

.) Anti-Kriegs-Shirts: FC St. Pauli spendet 100.000 Euro :

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/> - Fußball-Zweitligist FC St. Pauli hat in den vergangenen vier Wochen durch den Verkauf von Anti-Kriegs-Shirts 100.000 Euro eingenommen. Wie der Club am Dienstag mitteilte, wird der Ertrag nun zu gleichen Teilen an die Hilfsorganisationen "Mission Lifeline" und "#leavenoonebehind" überwiesen. Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine sollen die Menschen vor Ort mit dem Geld unterstützt werden.

.) Grauen von Butscha: <https://www.mopo.de/news/politik-wirtschaft/grauen-von-butscha-satelliten-bilder-widerlegen-russische-propaganda/> -Satelliten-Bilder widerlegen russische Propaganda / Generalstaatsanwältin: „Gräueltaten in Borodjanka stellen Butscha in den Schatten“

Seit Tagen ist die Welt erschüttert: Wohl Hunderte Zivilist:innen sind nach ukrainischen Angaben im Kiewer Vorort Butscha von russischen Einheiten getötet worden. Der Kreml bestreitet dies, als sie abgezogen seien, habe es noch keine Leichen gegeben. Nun scheinen US-amerikanische Satelliten-Bilder zu belegen, dass schon Mitte März die Straßen Butschas voll toter Körper waren. Putin und Russland könnte Klage wegen Kriegsverbrechen drohen.

Die Bilder waren zuerst in der „New York Times“ zu sehen. Deutlich zu sehen auf dem Material: Schon vor rund drei Wochen lagen Leichen an exakt den gleichen Stellen wie vor einigen Tagen, als ukrainische Kräfte in den Vorort von Kiew vorrückten, den russische Truppen kurz zuvor verlassen hatten.

Außenminister Lawrow: „Erfundener Angriff“

Russische Offizielle hatten zuvor nicht nur bestritten, dass ihre Armee die Zivilist:innen getötet hatte. Sie hatten auch von Propaganda des Westens und der Ukraine gesprochen. Außenminister Sergej Lawrow etwa sprach von einem von der Ukraine inszenierten „erfundene Angriff“. Das Moskauer Verteidigungsministerium hatte behauptet, die Fotos und Videos von Leichen in Butscha seien „Fälschungen“.

.) Netzagentur übernimmt Gazprom Germania: <https://taz.de/Netzagentur-uebernimmt-Gazprom-Germania/!5847888/> - Russisches Gas, deutsche Kontrolle,,Die Bundesnetzagentur bestimmt ab sofort über Gazprom Germania, das Tochterunternehmen des russischen Konzerns. Putin kündigt Vergeltung an.,Logo der Gazprom G. Zentrale der Gazprom Germania in Berlin - Gazprom Germania hat eine sehr wichtige Rolle beim Handel, Transport und Speichern von Erdgas. Zu den mehr als drei Dutzend Firmen der Gruppe gehören Wingas, Lieferant vieler Stadtwerke, und Astora, Betreiber des größten Gasspeichers Deutschlands in Rehden.

.) FDP-Politikerin über Energieembargo: <https://taz.de/FDP-Politikerin-ueber-Energieembargo/!5843426/> - „Wir füllen die russische Kasse“,„Wir müssen handeln, sagt FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Sie fordert einen Importstopp für Gas, Öl und Kohle. Dieser Krieg wird nicht spurlos an uns vorbeigehen, sagt Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Angesichts dessen, was in den Vororten von Kiew passiert, Zivilisten werden ermordet, wir erfahren von Vergewaltigungen und Verschleppung von Kindern, halte ich das für erforderlich. Mir ist klar, dass das eine große Herausforderung ist. Öl und Kohle können am schnellsten auf den Weltmärkten kompensiert werden. Gas ist deutlich schwieriger. Wir sollten es dennoch umsetzen. Das ist meine persönliche Meinung.

.) Mehrheit fuer AKW-Laufzeitverlaengerung : <https://www.zeit.de/news/2022-03/11/mehrheit-will-laufzeiten-der-drei-atomkraftwerke-verlaengern> - Jetzt haben sie's also tatsächlich mit ihrem Trommelfeuer aus öffentl. Äußerungen pro AKW-Laufzeitverlängerung geschafft, die Mehrheit zu drehen:
Aus der 'Bad. Ztg.' von heute: "...repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage (...) Nur sechs Prozent der Bevölkerung halten die deutsche Energieversorgung für gesichert; 57 Prozent fordern deshalb, dass die letzten deutschen Atomkraftwerke nicht wie geplant Ende des Jahres vom Netz gehen sollen."
Und noch 'ne Prise Selbstkritik: Wir sind viel zu wenig damit durchgedrungen, klar zu machen, daß es sich bei den gleichzeitig in den vergangenen Wochen orchestriert wiederholten "Meldungen" über steigende Energiepreise um Propaganda handelt.

.) Russland als Vorwand : <https://www.jungewelt.de/artikel/418358.imperialismus-russland-als-vorwand.html> - FDP-Politikerin sieht in Westafrika ein »Vakuum«, das Moskau füllen will. Kolonialkrieg in Mali wird mit Sanktionen ergänzt. Paris will Ruhe in seinem »Hinterhof«. Französische Truppen patrouillieren in Mali. Der gute alte Kolonialsound kommt wie frisch gestreamt:

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), warnte am Mittwoch per dpa vor einem schnellen Rückzug der Bundeswehr aus Mali: »Die Frage ist, was passiert, wenn wir rausgehen? Machen sich die Russen breit, um das Vakuum zu füllen? Auch größere Unruhen und damit große Fluchtbewegungen sind nicht im Interesse Europas.« Denn merke: Ganz Afrika ist für zivilisierte Weiße ein »Vakuum«, das sie großzügig von Zeit zu Zeit mit Truppen und Panzern füllen. Einheimische gibt es in der Leere bekanntlich nicht. Es sei denn, sie machen sich doch bemerkbar und es muss zu Daumenschrauben gegriffen werden. Am Wochenende verhängte die westafrikanische Staatengemeinschaft ECOWAS Sanktionen gegen Mali. Alle Grenzen zum Mitgliedsland sollten geschlossen, alle nicht lebenswichtigen Handelsbeziehungen und alle Finanzmittel Malis bei der von Paris seit der sogenannten Unabhängigkeit gelenkten ECOWAS-Zentralbank eingefroren werden. Auslöser war die Ankündigung der Regierung in Bamako, wegen der unsicheren Lage den Wahltermin vom 27. Februar um bis zu fünf Jahre zu verschieben. Einen Kompromissvorschlag Malis lehnte ECOWAS am Sonnabend ab.

Am Dienstag erklärte sich Frankreichs Präsident Emmanuel Macron »vollkommen solidarisch« mit dem Versuch der wirtschaftlichen und finanziellen Strangulation und fügte hinzu, die EU werde sich um Verschärfung bemühen. Malis Staatschef, Oberst Assimi Goïta, hatte die Sanktionen am Montag als »illegitim, illegal und unmenschlich« bezeichnet. Ein Sprecher Goïtas hatte zuvor erklärt, die malische Regierung bedaure, »dass sich die westafrikanischen Regionalorganisationen durch Mächte von außerhalb instrumentalisiert« ließen. Goïta erklärte zugleich, dass er weiterhin für einen Dialog mit den westafrikanischen Nachbarn offen sei. Zu dem rief auch der Präsident des Islamrates Malis, Seid Chérif Ousmane Madane Haïdara, am Mittwoch auf und forderte die Gläubigen des Landes für diesen Freitag zu entsprechenden Manifestationen auf.

Ob Frankreich und seine bewaffneten Helfer Gespräche zulassen, ist fraglich. Die USA erklärten bereits, sie unterstützten die »starken Maßnahmen« der ECOWAS ebenfalls. Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Linda Thomas-Greenfield, forderte die Militärregierung auf, ihr Versprechen, zur parlamentarischen Demokratie zurückzukehren, einzulösen. Frankreich und USA scheiterten aber am Dienstag damit, eine Erklärung zur Unterstützung der Sanktionen durch den UN-Sicherheitsrat zu bringen. Die Vertreter Russlands und Chinas verhinderten das nach Angaben von Diplomaten.

Daraufhin zog Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian erneut die russische Karte. Er wiederholte in der Nacht zu Mittwoch im Außenausschuss der französischen Nationalversammlung in Paris seine Vorwürfe, dass die Regierung Malis unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung von russischen Söldnern der sogenannten Wagner-Gruppe unterstützt werde. Le Drian bezichtigte Russland

außerdem der »Lüge« bezüglich des Status der Truppe: »Wenn es sich um Söldner handelt, die russische Veteranen sind, russische Waffen haben und von russischen Flugzeugen transportiert werden, wäre es doch erstaunlich, wenn die russischen Behörden das nicht wüssten.« Moskau bestreitet aber jegliche Verbindung zu den Söldnern. Mali bezeichnet die Russen im Land als Militärausbilder.

.) noch ein Beispiel für die Doppelten Standards - Ukraine und Afghanistan :

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afghanistan-evakuierung-von-ortskraeften-bundesregierung-raeumt-einzelne-todesfaelle-von-afghanen-im-aufnahmeverfahren-ein-a-fc1c051a-e639-4e60-a312-cbd83a381edc?s=09> - Schon lange steht Deutschland wegen der schleppenden Evakuierung afghanischer Ortskräfte in der Kritik. Nun muss die Bundesregierung einräumen, dass mehrere Afghanen starben, während sie auf eine Aufnahme warteten.

Als die [Taliban](#) Kabul erobert hatten und die deutschen Soldaten ausgeflogen waren, gab die [Bundesregierung](#) ein großes Versprechen ab. [Deutschland](#) werde so lange weiterarbeiten, »bis alle in Sicherheit sind, für die wir in [Afghanistan](#) Verantwortung tragen«, sagte der damalige Außenminister [Heiko Maas](#). Tatsächlich hat die Bundesregierung seitdem weiterhin Menschen mit Charterflügen aus dem Land gebracht. Doch jetzt wird klar, dass sie in einigen Fällen zu langsam war: Mehrere Afghaninnen oder Afghanen, die eine Aufnahmezusage für Deutschland hatten oder sich im Aufnahmeverfahren befanden, sind offenbar ums Leben gekommen, bevor sie in Sicherheit gebracht werden konnten. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken hervor, die dem SPIEGEL vorliegt. »Die Bundesregierung hat Kenntnis von einzelnen Todesfällen«, heißt es darin auf eine entsprechende Frage. Bestehende Aufnahmezusagen für die Familienangehörigen seien »in diesen Fällen aufrechterhalten« worden. Der Satz impliziert, dass unter den Toten auch Menschen mit einer Aufnahmezusage waren. Genauere Angaben macht die Bundesregierung nicht, weder zur genauen Zahl der Todesfälle noch zu den Umständen.

.) Scheinheiliger Antifaschismus: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162764.holocaustvergleiche-im-ukraine-krieg-scheinheiliger-antifaschismus.html> - Im Ukraine-Krieg wird von russischer und ukrainischer Seite mit Holocaustvergleichen um sich geworfen. Eine antifaschistische Linke hat die Aufgabe, diese Instrumentalisierung scharf zurückzuweisen, meint Gerhard Hanloser.

Die Berliner Philosophin Ilse Bindseil schrieb 2014: »Die Epoche ist vorbei, in der Antifaschismus ein hinreichendes Kriterium der Orientierung und Identifizierung, ein ebenso ethisches wie politisches Kriterium bot.« Der Satz hatte damals etwas Prophetisches - und er beweist seine Gültigkeit jetzt. Er ließe sich allerdings auch auf den Nato-Kosovo-Krieg von 1999 beziehen. Denn weder war die Begründung der Bombardierung Serbiens des damaligen Außenministers Joschka Fischer (Grüne) mit

»Nie wieder Auschwitz« ethisch wie politisch korrekt; im Endeffekt war es nicht viel mehr als die Legitimation eines eklatanten Verstoßes gegen das Völkerrecht. Nur noch scheinbar, so Ilse Bindseil, sei der Antifaschismus »der stabile Pol innerhalb einer Wirklichkeit, in der er die Realität, die Realität aber nur noch das Willkürliche repräsentiert«.

Willkürlich erscheinen aktuell die Behauptungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin, man plane lediglich die [»Entnazifizierung« der Ukraine](#). Leicht als Ideologie zu durchschauen ist die antifaschistische Rhetorik des Kreml, die gegen die demokratisch gewählte Regierung der Ukraine in Anschlag gebracht wird. Ideologie kann sich mit Wirklichkeitspartikeln aufladen: Die ukrainische Faschistszene ist groß, die Verehrung des nationalistischen Volkshelden Stepan Bandera, der zeitweise mit den Nazis kollaborierte, reicht bis zum hiesigen ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk. Gänzlich willkürlich sind die demagogischen Manöver des Kreml also nicht. Im ideologischen Manöver steckt nicht nur die Legitimation eines Angriffskrieges. Auch das Manöver, dem Westen die eigene Melodie vorzuspielen, ist darin zu erkennen. Während des Nato-Kosovo-Kriegs und beim Wegbomben von Libyens Machthaber Muammar al-Gaddafi sollte damals ebenso ein Völkermord verhindert werden. Tatsächlich wurde Völkerrecht gebrochen. Die antifaschistische Rhetorik Putins hat auch innenpolitisch Gewicht; sie ist populistisch, weil sie erinnernden Anspruch auf Wiederherstellung verlorener Größe Russlands nach dem Untergang der Sowjetunion transportiert.

In einer Erklärung empörten sich Mitglieder des Internationalen Komitees des Vernichtungslagers Auschwitz und weiterer Konzentrationslager über den Missbrauch von Worten wie »Entnazifizierung« und »Völkermord« zur Rechtfertigung des Angriffskrieges. Und sie erinnerten daran, dass Russen und Ukrainer »von den Nazis als dieselbe Kategorie von Häftlingen registriert worden« waren. Schließlich waren sie »denselben Entbehrungen, Demütigungen und lebensbedrohlichen Situationen ausgesetzt«. Nach dem [Massaker von Butscha](#) stellt sich die Frage, ob die von russischer Seite lancierten Genozidvorwürfe nicht jener Logik von sich ankündigenden Massakern gehorchten, auf die der australische Genozid-Forscher Dirk Moses hingewiesen hatte: Nicht nur das Diktum »permanenter Sicherheit«, sondern auch die Verzeichnung des Gegners zum eliminatorischen Aggressor und Nazi legitimiert und führt in der Konsequenz zu eigener Massakerpolitik.

Allerdings wusste sich auch der [vom Schauspieler zum ukrainischen Präsidenten](#) gewordene Wolodymyr Selenskyj in historische Kostüme zu schmeißen. Nachdem die Gedenkstätte Babyn Jar zu Beginn des Krieges zum Objekt von Kriegshandlungen wurde, erklärte er umgehend, es drohe die Gefahr, dass der Holocaust sich wiederhole. Die israelische Gedenkstätte Yad Vashem wies »Trivialisierung« und Verzerrung der historischen Fakten des Holocaust zurück. In einer klug

ausgewogenen Stellungnahme erklärte die israelische Gedenkstätte mit kritischem Blick sowohl auf Putin als auch auf Selenskyj: Es werde im Zusammenhang mit den Kämpfen Propaganda verbreitet, die falsche Vergleiche mit der Ideologie und den Taten der Nazis ziehe.

Auch eine antifaschistische Linke hat die Aufgabe, diese Instrumentalisierung von Begriffen, die sich auf den deutschen Vernichtungskrieg beziehen, scharf zurückzuweisen. Aus dem Antifaschismus selbst erwächst jedoch noch keine hinreichende Positionierung zu diesem Krieg. Die Wahrheiten von gestern können nur bedingt über das Heute Auskunft geben. Nur eines ist sicher: Je länger der Krieg dauert und je mehr Waffen in das Kriegsgebiet kommen, um so mehr Opfer in der Zivilbevölkerung wird es geben.

Gerhard Hanloser ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er lebt in Berlin.

.) Dazu passt auch der neue IPCC-Bericht «Climate Change 2022: Mitigation of Climate Change» : <https://www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-working-group-3/> - Der fast 3000 Seiten umfassende IPCC-Bericht «Climate Change 2022: Mitigation of Climate Change» stellt fest, dass der Klimawandel bereits «erhebliche Schäden und zunehmend irreversible Verluste in Land-, Süßwasser-, Küsten- und Meeresökosystemen des offenen Ozeans» verursacht habe. Etwa 50-75% der Weltbevölkerung könnten bis 2100 lebensbedrohlicher klimatischer Bedingungen aufgrund extremer Hitze und Feuchtigkeit ausgesetzt sein. Zu den Handlungsempfehlungen der Wissenschaftler gehören eine massive Verringerung, eine weit verbreitete Elektrifizierung, eine verbesserte Energieeffizienz und die Verwendung alternativer Brennstoffe wie Wasserstoff, der auch in Kernreaktoren erzeugt werden kann.

Das IPCC bezeichnet die Atomenergie nach wie vor als kohlenstoffarme Quelle, die Stromerzeugung aus Kernenergie sei zwischen 2015 und 2019 um 9 Prozent gewachsen und habe 10 Prozent der Gesamterzeugung im Jahr 2019 ausgemacht. Jedoch sei die Entwicklung der Atomenergie langsamer verlaufen als die erwarteten Wachstumsraten zur Erreichung des Netto-Null-Zielpunkts. Der Beitrag der Atomenergie könnte durch eine neue Generation von Reaktoren, einschließlich kleiner modularer Reaktoren (SMR), verstärkt werden.

.) #standwithukraine - unser Zeichen gegen den Krieg : <https://www.youtube.com/watch?v=wVRao1LCfcw> - Mit fast 500 Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern und Eltern setzen wir als Europaschule gemeinsam ein Zeichen gegen den Krieg in der Ukraine!

.) Neue Studie zur Atomkraft in der EU: Längere AKW-Laufzeiten drängen erhebliche Mengen Ökostrom aus dem Netz:

<https://www.presseportal.de/pm/16698/5190933> -

Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke führen dazu, dass deutlich häufiger Erneuerbare-Energien-Anlagen in der EU abgeschaltet werden und so erhebliche Ökostrommengen verloren gehen. Das zeigt eine neue Kurzstudie des Analyseinstituts Energy Brainpool im Auftrag der Ökoenergiegenossenschaft Green Planet Energy am Beispiel Frankreichs. Allein durch die aktuell diskutierten Laufzeitverlängerungen für französische AKWs würden im Jahr 2030 in Frankreich, Spanien und Deutschland mehr als zwei Milliarden Kilowattstunden sauberer Ökostrom aus dem Netz gedrängt. Mit der Strommenge könnten 617.000 Durchschnittshaushalte ein Jahr lang versorgt werden. "Länger laufende Atommeiler sind schädliche Bremsklötze für die Energiewende, weil sie durch ihre träge Produktionsweise die Einspeisung von Ökostrom blockieren", sagt Sönke Tangermann, Vorstand bei Green Planet Energy.

Im Februar hatte die französische Regierung - auch vor dem Hintergrund des dortigen Präsidentschaftswahlkampfs und der eskalierenden Ukraine-Krise - angekündigt, in den Bau neuer Atomkraftwerke zu investieren. Das würde die Situation weiter verschärfen. Die Untersuchung von Energy Brainpool fokussiert auf eine Laufzeitverlängerung bestehender Meiler auf über 50 Jahre, wie sie Paris aktuell prüft. Dieser längere Weiterbetrieb würde dazu führen, dass bis 2030 zusätzliche rund 19 Gigawatt AKW-Leistung in Frankreich Strom produzieren. In Zeiten hoher Einspeisung erneuerbarer Energien können die nationalen und europäischen Stromnetze aber nicht die gesamte Stromproduktion aufnehmen, ohne überlastet zu werden. Die Netzbetreiber müssen dann Anlagen vorübergehend "abregeln". Weil ältere Atomkraftwerke ihre Stromproduktion kurzfristig - vorrangig aus Kostengründen - nur auf rund 80 Prozent der installierten Leistung reduzieren, treffen diese Abregelungen in der Regel die flexibleren Wind- oder Solarkraftwerke, die ihren Ökostrom dann nicht mehr einspeisen können.

Energy Brainpool hat mithilfe hochpräziser Modellierungssoftware errechnet, dass allein durch einen längeren Weiterbetrieb der französischen Atomreaktoren im Beispieljahr 2030 die abgeregelten Ökostrommengen um rund 12 Prozent oder um 2.160 Gigawattstunden (GWh) anwachsen würden. Ein Ökostrom-Verlust von 781 GWh entfällt dabei auf Frankreich selbst. Doch auch die Nachbarländer Spanien (780

GWh) und Deutschland (586 GWh) wären massiv von den Abregelungen betroffen. "Wenn neben Frankreich noch weitere EU-Staaten Laufzeiten für alte Atommeiler verlängern, wäre der Schaden durch ungenutzte Ökostrommengen - die durch nationale Fördersysteme wie das EEG ja oftmals dennoch vergütet werden - noch weitaus höher", sagt Sönke Tangermann. Belgien etwa hat vor wenigen Wochen beschlossen, den Atomausstieg im Land um zehn Jahre zu verschieben. Auch in Deutschland gibt es immer wieder Forderungen, die letzten drei aktiven Atomkraftwerke über das Ende des geplanten Atomausstieg 2022 weiter am Netz zu lassen. Zudem will die EU-Kommission auf Drängen Frankreichs im Rahmen der Taxonomie durchsetzen, dass Atomkraft als ökologisch nachhaltig eingestuft wird, um Investitionen in neue Atomkraftwerke zu erleichtern.

"Die in der Studie aufgezeigte massive Vernichtung von wertvollem Ökostrom ist neben der Atommüll-Problematik und dem Störfall-Risiko ein weiterer Beleg dafür, dass Atomkraft niemals 'nachhaltig' sein kann. Sie hilft uns in Europa weder beim Klimaschutz - noch dabei, wirklich unabhängig von fossilen Energie-Importen zu werden", so das Fazit von Sönke Tangermann.

Achtung Redaktionen: Die Kurzstudie von Energy Brainpool finden Sie zum Download unter www.green-planet-energy.de/presse.html. Daneben bieten wir heute **um 13.00 Uhr ein digitales Presse-Hintergrundgespräch** per Zoom zum Thema an. Studienautor Fabian Huneke und Marcel Keiffenheim, Leiter Politik und Kommunikation bei Green Planet Energy, stehen dort für Ihre Nachfragen zur Verfügung. Wenn Sie teilnehmen möchten, bitten wir Sie um kurze Anmeldung unter presse@green-planet.energy.de. Wir übersenden Ihnen dann umgehend die nötigen Zugangsdaten.

.) Energiepolitik in Zeiten des Ukraine-Krieges: Kernkraftwerke statt Erdgas? :

<https://blog.oeko.de/kernkraftwerke-statt-erdgas/> -- Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat direkte Auswirkungen auf die Energie- und Klimapolitik in Deutschland. Fragen zur Versorgungssicherheit mit Energie, zu Abhängigkeiten von Russland und zu den steigenden Preisen bewegen dabei viele Menschen. Gleichzeitig werden mögliche Alternativen aus wissenschaftlicher Sicht nicht ausreichend reflektiert. Wir stellen daher nachfolgend Informationen und Fakten zu zentralen Fragen zusammen.

.) **Kleine AKWs im ganzen Land: Niederlande setzen auf regionale Atomkraftwerke** : https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/niederlande/niederlande-setzen-auf-regionale-atomkraftwerke_aid-67850177 - Im Kampf gegen den Klimawandel setzen die Niederlande auch auf Kernkraftwerke. Neue AKWs sollen in der Nähe von Aachen gebaut werden.

.) BUND-Pressemitteilung vom 07. April 2022 -

Atommüll-Zwischenlager: Planungen in Lubmin ungenügend - BUND legt neue Stellungnahme zum Zwischenlager vor und fordert Gesamtkonzept

Berlin. Nach mehr als 15 Jahren gibt es nun erstmals konkrete Pläne für einen Neubau eines Zwischenlagers in der Nähe des ehemaligen Atomkraftwerks (AKW) Greifswald in der Gemeinde Lubmin. In einer heute vorgelegten Stellungnahme äußert sich der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) kritisch zum Neubau in Lubmin. Zudem hat der Verband im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Genehmigungsverfahren eine Einwendung eingereicht.

Der BUND bemängelt, dass die Planungen den notwendigen Sicherheitsanforderungen für hochradioaktive Abfälle nicht entsprechen. So wird der Zeitraum zwischen dem Auslaufen der Zwischenlager-Genehmigung und der Bereitstellung eines dauerhaften Atommüll-Lagers nicht überbrückt. Dazu sagt **Antje von Broock**, Bundesgeschäftsführerin des BUND: „Lubmin darf so nicht gebaut werden. Die bisherige Planung ist unzureichend und muss an die Anforderungen einer Langzeitlagerung angepasst werden.“

In den kommenden zwei Jahrzehnten verlieren alle Zwischenlagerstandorte ihre Genehmigungen. Deshalb muss die Frage nach der Langzeitlagerung grundlegend angepackt werden. Von Broock weiter. „Nun rächt sich, dass die Folgen der Atomkraft beim Einstieg in diese hoch riskante Technologie ignoriert wurden. Um diese Fehler zu heilen, müssen die verantwortlichen Behörden wenigstens jetzt weitsichtig und verantwortungsbewusst handeln. Es braucht verbindliche Voraussetzungen und deutliche Sicherheitsnachbesserungen.“

Nach den vorliegenden Unterlagen wird deutlich, dass die Aufbewahrungsgenehmigung für einige Behälter im geplanten neuen Zwischenlager ESTRAL bereits 2036 endet. Dieser Zeithorizont ist nicht deckungsgleich mit Aussagen der Bundesregierung, die frühestens 2050 mit der Inbetriebnahme eines dauerhaften

Lagers für den Atommüll rechnet. Es ist unklar, was nach 2036 mit den Behältern in Lubmin passieren soll, vermutlich werden sie ungenehmigt weiter im Zwischenlager verbleiben.

„Die bisherige Planung für das Zwischenlager in Lubmin ist unzureichend“, kritisiert **Oda Becker, Diplom-Physikerin und Autorin der Stellungnahme**. „Sehenden Auges riskiert das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) vor Ort einen unhaltbaren Zustand. Die Dauer der erforderlichen Aufbewahrung der Behälter bestimmt den Umfang der von der Behörde geforderten Sicherheitsanalysen und Einrichtungen. Eine risikoarme Zwischenlagerung ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Endlagersuche!“

Weitere Mängel sind laut BUND das Fehlen einer Reparatereinheit für defekte Castoren, sowie der unzureichende Schutz gegen Terrorangriffe mit einem Beschluss durch panzerbrechende Waffen. Abschließend betont die BUND-Vertreterin von Broock die Tragweite des Genehmigungsverfahrens in Mecklenburg-Vorpommern: „Das neue Zwischenlager Lubmin wird zum Vergleichsfall für andere Zwischenlagerplanungen in Deutschland. Aus Sicht des BUND muss ein deutlich höherer Standard gelten, als bisher geplant.“

Weiter Informationen: Die BUND-Stellungnahme finden Sie hier:

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/atomkraft/atomkraft_neubau_zwischenlager_lubmin_stellungnahme.pdf

.) Feministinnen gegen den Krieg : <https://feministsagainstwar.org/> -

Die Unterzeichnenden:

Wir verurteilen auf das Schärfste die vom Putin-Regime angeführte militärische Invasion in der Ukraine, die bereits Tausende von Toten und Hunderttausende von Vertriebenen gefordert hat und die eine Verschärfung der Konfrontation zwischen den imperialistischen Blöcken auf globaler Ebene provoziert.

Wir lehnen die in den letzten Tagen abgegebenen Stellungnahmen ab, die die Spirale der Kriegstreiberei noch verstärken. Wir lehnen die Beschlüsse ab, die darauf abzielen, mehr Waffen in den Konflikt einzubringen und die Kriegshaushalte zu erhöhen. Wir lehnen Sicherheitsnarrative ab, die autoritäre Logik und Militarisierung verstärken. Nicht in unserem Namen.

Wir müssen uns vor Augen halten, dass die NATO für die Situation, die durch ihren globalen Expansionismus und ihr militaristisches Sicherheitskonzept entstanden ist, mitverantwortlich ist. Waffen verlängern den Krieg, verlängern die Barbarei und verlängern das Leiden. Es gibt keine größere Sicherheit als Frieden.

Mit diesem Manifest schließen wir uns dem Aufruf der russischen feministischen Gruppen an und schließen uns dem feministischen Widerstand gegen den Krieg an! Auf diese Weise nehmen wir den feministischen Faden der Geschichte wieder auf, der sich an den Kämpfen gegen reaktionäre Kriege beteiligt hat, von der von Rosa Luxemburg angeführten Bewegung im Jahr 1914 über das Anti-Atomwaffen-Camp in Greenham Common in den 1980er Jahren bis hin zur Bewegung "Women in Black" gegen den Krieg, um nur einige zu nennen.

Wir stehen an der Seite der Menschen in der Ukraine, die den Frieden in ihrem Leben wiederherstellen wollen und einen Waffenstillstand fordern. Wir sind an der Seite der mobilisierten russischen Bürgerinnen und Bürger, die trotz der Repressionen und Drohungen des autoritären und repressiven Regimes von Putin den Stopp der militärischen Invasion fordern.

Deshalb sagen wir Feministischer Widerstand gegen den Krieg. Hinter dem NEIN zum Krieg verbirgt sich keine naive Haltung. Der einzig wahre Weg zum Frieden ist die Deeskalation des Krieges. Wir fordern eine mutige Neuausrichtung der Situation, um die von Russland initiierte und von der NATO unterstützte militaristische Spirale zu durchbrechen. Wir fordern den sofortigen Erlass der ukrainischen Auslandsschulden in Höhe von 125 Milliarden Dollar als konkrete Maßnahme zur Unterstützung des ukrainischen Volkes und verurteilen die vom IWF in den letzten Jahren auferlegten Reformen und Auflagen.

Aus den schmerzhaften Erfahrungen mit Krieg und Konflikten in Europa im letzten Jahrhundert zu lernen, muss unser Engagement und Handeln prägen. Krieg ist unvereinbar mit den wesentlichen Werten und Zielen der feministischen Bewegung. Wir setzen uns für Frieden, das Zusammenleben der Völker und eine demokratische Lösung von Konflikten ein.

WIR SIND VIELE, DIE NEIN SAGEN ZU KRIEG, IMPERIALISMUS, PATRIARCHAT, AUTORITARISMUS UND MILITARISMUS.

WIR SIND DIE ZUKUNFT, DIE SICH DURCHSETZEN WIRD

Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version)

.) Polen - Willkommenskulturen - medico international :

<https://www.medico.de/blog/willkommenskulturen-18588> -Wenn aus der Hilfe für Geflüchtete ein Zirkus der Aufmerksamkeit wird: Am ukrainisch-polnischen Grenzübergang - In Warschau packt die ukrainische Künstlerin Yulia Krivich in einem Nebengebäude des Museum of Modern Art zusammen mit anderen Freiwilligen Lunchpakete für die Ankommenden. Sie erzählt uns von ihrer Mutter, die in der Zentralukraine lebt. Seit Russland 2014 die Krim annektierte, habe diese einen Koffer mit dem Nötigsten in der Ecke stehen, um im Zweifel schnell fliehen zu können. Ob sie das nun getan habe? Nein, schüttelt Yulia Krivich den Kopf, noch nicht. Dann widmet sie sich wieder den Lunchpaketen. Schließlich sind Millionen von

Ukrainer:innen auf der Flucht Richtung Westen.

Eine Woche lang waren wir – meine medico-Kollegin Karoline Schaefer und ich – in Polen unterwegs. Zuerst in Warschau, dann an der polnisch-belarussischen Grenze und weiter im Süden an der ukrainischen Grenze. Auf mehr als 1.500 Kilometern konnten wir uns einen Einblick verschaffen, wie die polnische Gesellschaft ihre Türen geöffnet hat. Bisher sind mehr als zwei Millionen Kriegsflüchtlinge ins Land gekommen. Das Gros der Hilfe leisten Organisationen und Aktivist:innen der polnischen Zivilgesellschaft. Sie werden von Frei[1]willigen und Organisationen aus anderen Ländern unterstützt. Der Staat ist hingegen kaum präsent, auch nicht am Warschauer Hauptbahnhof. Tausende kommen hier täglich an. Im ersten Stock wurden Bettenlager errichtet, in denen Menschen oft tagelang verharren, weil sie nicht wissen, wohin. Freiwillige organisieren die Verteilung des Allernötigsten: Essen, Hygieneartikel, Powerbanks.

Die Regierung benutzt die Hilfe

.) Syrien, Ukraine - Selektive Solidarität - medico international :

<https://www.medico.de/blog/selektive-solidaritaet-18569> - Selektive Solidarität -

Er hat gut Lachen: Putins Intervention in Syrien hat Assads Überleben gesichert. Der Entrüstung über den Angriff auf die Ukraine geht ein langes Schweigen über Russlands Rolle in Syrien voraus. Von Yassin al-Haj Saleh.

Noch bis vor kurzem schienen die meisten Menschen im Westen zu glauben, der russische Krieg in der Ukraine sei qualitativ etwas ganz anderes als jener Krieg, der seit sechseinhalb Jahren in Syrien geführt wird. Während die internationale Empörung über den Einmarsch in der Ukraine groß ist und die europäischen Länder Waffen liefern, hat kein westliches Land auf diese Weise Russlands Krieg in Syrien verurteilt oder dort den Rückzug der russischen Streitkräfte gefordert. Der Krieg gegen den Terror, der implizit als Krieg gegen den militanten Islamismus verstanden wird, hat in Syrien eine gemeinsame Basis zwischen den USA, Europa und Russland geschaffen. Diese Grundlage wird auch von vielen autoritären und kleptokratischen Regimen in der Region und von Israel geteilt. Es ist kaum zu glauben, doch selbst unter Intellektuellen und Menschenrechtsorganisationen sind kaum Stimmen zu vernehmen, die sich diesem endlosen zerstörerischen Krieg entgegenstellen. Es gibt sogar linke Autoritäten wie Noam Chomsky, der bestreitet, dass der russische Krieg in Syrien imperialistisch sei, weil die Russen dort die „Regierung“ unter[1]stützten. Als würde die „Regierung“ nicht einen permanenten Bürgerkrieg gegen die Mehrheit der Bevölkerung führen. Als würde es sich nicht um einen Völkermord handeln. Und eben diese Intellektuellen unterstützen nun nachdrücklich das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung – aber nicht das der Menschen in Syrien.

Seit dem Zweiten Weltkrieg war die Gefahr eines Krieges zwischen dem Westen und Russland nicht mehr so wahrscheinlich wie im Augenblick. Gleichzeitig standen sich

die USA und Russland noch nie so nah wie nach dem Chemiewaffen-Deal im September 2013. Anders ausgedrückt: Es gibt zwei Russlands in Syrien, ein US-amerikanisches Russland und ein russisches Russland. Was immer das zweite in Syrien getan hat – das erste hat es im Wesentlichen akzeptiert. Es ist noch nicht klar, ob diese imperialistische Verbrüderung durch den Einmarsch in der Ukraine ernsthaft Schaden nimmt. Ich bezweifle es. Syrien gab Auftrieb

.) Stepan Bandera und die gespaltene Erinnerung an die Gewalt in der Ukraine:

[https://lisa.gerda-henkel-](https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/stepan_bandera_und_die_gespaltene_erinnerung_an_die_gewalt_in_der_ukraine?nav_id=10282)

[stiftung.de/stepan_bandera_und_die_gespaltene_erinnerung_an_die_gewalt_in_der_ukraine?nav_id=10282](https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/stepan_bandera_und_die_gespaltene_erinnerung_an_die_gewalt_in_der_ukraine?nav_id=10282)

L.I.S.A. WISSENSCHAFTSPORTAL GERDA HENKEL STIFTUNG - Kaum eine andere Person ist in der West- und Ostukraine so unterschiedlich in Erinnerung geblieben wie Stepan Bandera. Während in der Westukraine in den letzten zwanzig Jahren Denkmäler und Museen für ihn errichtet wurden, wird er bis heute in der Ost- und Zentralukraine als Verräter, Massenmörder und Faschist wahrgenommen. Diesen gegensätzlichen Erinnerungen liegen sowohl die nicht aufgearbeitete Geschichte der stalinistischen Gewalt, des Holocausts und des Faschismus zugrunde als auch die gegenwärtige schwierige politische Situation und der seit 2014 andauernde Konflikt mit Russland. Warum aber ruft ausgerechnet der am 15. Oktober 1959 in München ermordete Bandera so viele Emotionen hervor, und warum dient er gleichzeitig als ein Symbol der Freiheit und des Verrats, wenn es um politische Konflikte und militärische Auseinandersetzungen innerhalb der Ukraine oder mit Russland geht? Warum werden über ihn immer neue Hagiographien veröffentlicht und warum wird sein Grab auf dem Münchener Waldfriedhof regelmäßig geschändet?

Die ukrainische Diaspora feierte am 17. Oktober 2009 in München den 50. Jahrestag des Attentats auf Stepan Bandera, das am 15. Oktober 1959 in München verübt worden war.

.) Versagen der westlichen Linken : [https://www.melodieundrhythmus.com/mr-2-](https://www.melodieundrhythmus.com/mr-2-2022/versagen-der-westlichen-linken/)

[2022/versagen-der-westlichen-linken/](https://www.melodieundrhythmus.com/mr-2-2022/versagen-der-westlichen-linken/) - In der historischen Sackgasse -Im Westen glauben viele Menschen, dass der Krieg in der Ukraine Ende Februar begonnen hat – tatsächlich dauert er aber bereits seit acht Jahren an. Er begann 2014, als Freiwilligenbataillone radikaler Nationalisten und Neonazis entsendet wurden, um die aufständischen Bewohner von Donezk und Lugansk zu bekämpfen. Viele Menschen im Donbass, in der Mehrzahl Bergleute und Metallarbeiter, lehnten vor allem den entschiedenen Antikommunismus der neuen Kiewer Regierung und die Glorifizierung ukrainischer Nazikollaborateure aus dem Zweiten Weltkrieg ab. Die Rebellen im Donbass betrachten sich als Antifaschisten – sie unterscheiden sich aber deutlich von der liberalen »Antifa« moderner westlicher Prägung.

Die ukrainischen Behörden haben eine »Entkommunisierung« eingeleitet und die

kommunistische Partei und andere linke Organisationen verboten sowie oppositionelle Medien geschlossen. Allein im vergangenen Jahr wurde sechs Fernsehstationen ohne Gerichtsbeschluss entweder die Sendelizenz entzogen, oder sie wurden mit Sanktionen belegt, nur weil sie die ukrainische Regierung kritisiert oder ihre Sendungen in russischer Sprache ausgestrahlt hatten. Linke im Westen bekommen von all dem offenbar nichts mit, oder sie begnügen sich damit, wenn ihnen erzählt wird, dass die verbotenen Medien und Parteien »prorussisch« seien. Westliche Linke befinden sich oft in Informationsblasen. Diese werden von großen Medienkonzernen geschaffen, die selbst als Akteure in den großen Konflikten involviert sind und dort ihre eigenen Interessen verfolgen. Auf diese Weise entsteht ein Informationsregime, das die Menschen leicht manipulieren kann. So haben viele Linke im Westen fast nichts über den Krieg gehört, der von Kiew gegen die Volksrepubliken im Donbass geführt wird: nichts von den Dutzenden Kindern, die gestorben sind, oder von der Tatsache, dass viele Neonazis und andere Rechtsextremisten in die ukrainischen Streitkräfte integriert sind. Die westlichen Medien berichten zwar vereinzelt über die Gefahren, die von dem Regiment Asow, dem Rechten Sektor und den Freikorps in der ukrainischen Armee ausgehen, aber diese Reportagen gehen in der allgemeinen Propaganda für das Kiewer Regime unter, das eine NATO-Mitgliedschaft anstrebt.

Die Verblendung der Linken im Westen und ihre Parteinahme für die Kiewer Regierung verstärken die Repression und den rechtsextremen Terror gegen die ukrainischen Kommunisten und Antifaschisten, die in der Ukraine nur illegal agieren können. Diese Entwicklung kann zu einer Entfremdung, ja sogar zu einem vollständigen Zerwürfnis zwischen der ukrainischen und der westlichen Linken führen – und dies nach einer Spaltung, die es ohnehin längst gibt durch die Diskrepanz zwischen der Realität, mit der wir hier tagtäglich konfrontiert sind, und den Bildern, die die westlichen Mainstreammedien davon produzieren.

So finden sich viele westliche Linke – auch solche, die sich selbst als »Antifa« bezeichnen – an der Seite der faschistischen Freikorps wieder, wenn sie die »Aggression« Russlands und die Antifaschisten im Donbass verurteilen. Die Antikriegsposition ist natürlich respektabel, aber in der westlichen Linken manifestiert sie sich auf Kommando der Konzernmedien und der NATO-Institutionen. Linke im Westen, die die jahrelange Bombardierung von Donezk ignoriert haben und nun ausschließlich gegen den Beschuss von Kiew protestieren, sind entweder nichts anderes als Heuchler oder demonstrieren ihre völlige Abhängigkeit von den Medien des Großkapitals. Leider sind sie oft nur allzu bereitwillig in diese Falle getappt – infolge ihrer Ablehnung der Klassenagenda zugunsten allgemeiner bürgerlicher »demokratischer« und »antiautoritärer« Ideologien. Dabei hat stets das als »autoritär« zu gelten, was von den großen Konzernmedien als solches definiert wird. Von nun an wird alles, was den Interessen der NATO oder des Großkapitals

zuwiderläuft, als »prorussisches« oder »prochinesisches« Narrativ abgestempelt – einschließlich des echten antifaschistischen Kampfes.

Die meisten Linken im Westen lassen sich so in eine historische Sackgasse treiben, in der sie sich mit Nationalisten und Liberalen wiederfinden, von denen sie sich lediglich noch durch ihre Bezeichnung unterscheiden. Das Ergebnis ist, dass viele von ihnen nur noch als »linker« Flügel der NATO agieren, manchmal zu Antikriegskundgebungen gehen – und manchmal auch nicht. Denn sie verzichten genau dann auf Protest, wenn er den Rechten und »demokratischen« Parteien nicht gefällt.

.) Ehrenmal in Berlin im Treptower Park geschändet : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162843.ukraine-krieg-ehrenmal-im-treptower-park-geschaendet.html> -

Unbekannte Täter besprühen Denkmal für gefallene Rot-Armist*innen mit Bezug zum Ukraine-Krieg. Berlin. Das im Treptower Park gelegene Sowjetische Ehrenmal wurde vermutlich in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag mit zahlreichen Slogans und Farbschmierereien geschändet. Der Bezug auf den Ukraine-Krieg ist offenkundig. So wurden auf eine Stelle »Putin = Stalin« gesprüht und an anderer Stelle die mutmaßlichen Kriegsverbrechen im Kiewer Vorort Butscha thematisiert. Die unbekanntenen Täter fordern unter anderem den »Tod aller Russen« (»Death to all Russians«). Die Berliner Polizei hatte am Donnerstag bei Redaktionsschluss dieser Zeitung von dem Vorfall noch keine Kenntnis.

Das Sowjetische Ehrenmal ist eine von vier Ehrenmal-Anlagen in Berlin und ein 1949 fertiggestelltes weitläufiges Ensemble im Treptower Park. Es ist Gedenkstätte und Friedhof für über 7000 im Zweiten Weltkrieg gefallene Soldat*innen der Roten Armee. Die zum Monument gehörende Statue ist mit Hügel und Sockel insgesamt 30 Meter hoch.

»Dieser Vorfall ist ein gefährliches Beispiel für die geschichtsverfälschenden Narrative, die spätestens seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Umlauf sind«, erklärt am Donnerstagnachmittag die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). »Dieser Krieg darf nicht missbraucht werden, um die Erinnerung an die sowjetischen Soldat*innen und das große Opfer, das sie gebracht haben, zu verunglimpfen«, sagt Cornelia Kerth, Vorsitzende der VVN-BdA. »Wir dürfen nicht vergessen, dass die Sowjetunion von Nazideutschland überfallen wurde und im Verlauf des Krieges über 25 Millionen Opfer zu beklagen hatte; ein erheblicher Teil von ihnen stammte übrigens aus der Ukraine. Die Russische Föderation ist nicht die Sowjetunion«, so Kerth weiter. Man verurteile den aktuellen Krieg und die Gräueltaten gegen die ukrainische Zivilbevölkerung aufs Schärfste und fordere seit dessen Beginn den Rückzug russischer Truppen aus dem ukrainischen Staatsgebiet. »Für diesen Krieg sind aber nicht die sowjetischen Soldat*innen verantwortlich,

welche gegen den deutschen Faschismus gekämpft und ihn, zusammen mit den anderen alliierten Mächten, besiegt haben.«

Das Gedenken an die sowjetischen Opfer und die Würdigung ihres Anteils an der Befreiung vom Faschismus dürfe nicht dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zum Opfer fallen.

.) EU-Agrarpolitik: Zu viele Krisen schaffen Hunger : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162832.eu-agrarpolitik-zu-viele-krisen-schaffen-hunger.html> -

Auf ökologischen Vorrangflächen soll wegen des Ukraine-Krieges angebaut werden dürfen. Klimakrise, Artensterben, Kriege – in der Politik gibt es unterschiedliche Vorstellungen wie die industrielle Landwirtschaft darauf reagieren soll. Der Krieg gegen die Ukraine gefährdet die weltweite Versorgung mit Getreide, besonders in Ländern, die teilweise komplett von Importen aus der Ukraine und Russland abhängig sind. So importieren die Länder Ostafrikas bis zu 90 Prozent ihres Weizens aus der Ukraine und Russland. Die Entwicklungsorganisation [Oxfam warnte jüngst](#), dass dort bis zu 28 Millionen Menschen von extremem Hunger bedroht sind. Auch das UN-Welternährungsprogramm bezieht einen Großteil seines Getreides aus der Ukraine. In Nordafrika gehen die Importe zurück, [das treibt die Preise vor Ort hoch](#). In Deutschland gibt es keine Versorgungslücke, aber auch hier steigen die Preise - insbesondere für Futtermittel, Sonnenblumenöl und Dünger.

.) Energieexperte über mögliches Embargo: <https://taz.de/Energieexperte-ueber-moegliches-Embargo/!5843633/> - „Ein Importverbot würde die russische Wirtschaft stark schwächen, sagt Energieexperte Michail Krutichin. Ob es den Krieg stoppen würde, ist jedoch ungewiss. Das Gas ist derzeit die wichtigste Einnahmequelle des russischen Staatshaushalts. Die Preise dafür sind hoch, im Gegensatz zu den Preisen für Öl. Zusammen macht der Verkauf von Gas und Öl etwa 60 Prozent der russischen Einnahmen aus. Sollte Russland kein Gas mehr exportieren können, würde es – nach meinen Berechnungen – ein Drittel des Budgets einbüßen.

.) Erschossen, vergewaltigt, gedemütigt, Die Liste belegbarer Kriegsverbrechen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung wird jeden Tag länger : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162854.kriegsverbrechen-in-der-ukraine-erschossen-vergewaltigt-gedemuertigt.html> -

Krieg verschlingt alles Leben, alle Menschlichkeit: Ein Haus nach Beschuss in Sewerodonezk in der Region Donbass.

Sechs große Löcher hatte ihr Vater Valeryi im Rücken, ihre Mutter Nataliya ein kleineres in der Brust, erzählte die 18-jährige Kateryna Tkachowa Mitarbeitern von

Amnesty International (AI). So habe sie ihre Eltern am 3. März auf der Straße gefunden; zuvor waren russische Militärfahrzeuge durch ihr Dorf Worsel gefahren, zehn Kilometer östlich von Irpin, Kateryna hatte nur die Schüsse gehört. Beide seien unbewaffnet und in Zivil gekleidet gewesen. Ein Freiwilliger, der an Evakuierungen beteiligt war, half Kateryna, Worsel zu verlassen, und bestätigte AI, die Leichen auf der Straße in der Nähe ihres Hauses liegen gesehen zu haben. AI berichtet auch von einem - verifizierten - Video, auf dem Kateryna und der Freiwillige zu sehen seien, wie sie zusammen die Namen, Geburts- und Todesdaten von Katerynas Eltern auf ein Stück Pappe schreiben und neben die mit Decken bedeckten Körper legen. In einem anderen Fall habe etwa eine 46 Jahre alte Frau aus Bohdaniwka nordöstlich von Kiew berichtet, dass russische Soldaten in ihr Haus eingedrungen seien. Dann hätten sie ihren Mann nach Zigaretten gefragt, er hatte aber keine: Erst schossen sie ihm in den Arm, dann in den Kopf, sagte die Frau. Ihr Mann habe noch sechs Stunden lang geatmet, bis er in der Nacht gestorben sei. Ein Nachbar hat laut Amnesty gesehen, wie die russischen Soldaten in das Haus eingedrungen seien. Dieser will auch den zusammengebrochenen Körper des Mannes im Heizungsraum gesehen haben. Die 46-jährige Frau sei mit ihrer 10-jährigen Tochter noch am selben Tag geflohen.

Eine Frau in einem Dorf östlich von Kiew berichtete AI, dass am 9. März zwei russische Soldaten in ihr Haus eingedrungen seien, ihren Mann getötet und sie wiederholt mit vorgehaltener Waffe vergewaltigt hätten, während sich ihr kleiner Sohn in einem nahe gelegenen Heizungsraum versteckte. Der Frau sei dann die Flucht aus dem Dorf in ukrainisch kontrolliertes Gebiet gelungen.

Dies sind nur drei der Vorfälle, die [Ermittler von Amnesty International dokumentiert haben](#). Ein Amnesty-Team sprach demnach in den vergangenen Wochen mit mehr als 20 Menschen aus Orten nahe der ukrainischen Hauptstadt Kiew, die russische Gewalttaten miterlebt oder unmittelbar Kenntnis von den Gewalttaten erhalten hätten. Man habe alle Fälle »quergecheckt« und sich die Aussagen von weiteren Quellen bestätigen lassen, sagte ein Amnesty-Sprecher der Deutschen Presse-Agentur.

Mit jedem Tag kommen mehr Gräueltaten im Ukraine-Krieg ans Licht, Berichte und Beweise für mutmaßliche Kriegsverbrechen durch die russische Armee häufen sich. »Die schockierenden Bilder aus Butscha sind ganz offensichtlich nur die Spitze eines Eisbergs der Grausamkeit und Brutalität«, sagt Janine Uhlmannsiek, Expertin für Europa und Zentralasien bei Amnesty International in Deutschland. »Russische Truppen haben unbewaffnete Menschen willkürlich erschossen, eine Frau wurde mit vorgehaltener Waffe mehrfach vergewaltigt, nachdem die Soldaten ihren Mann getötet hatten.«

Alle Belege würden dafür sprechen, [»dass wir es hier mit Kriegsverbrechen zu tun haben«](#), so Uhlmannsiek. »Die internationale Gemeinschaft steht in der Pflicht, alles zu tun,

damit die Verantwortlichen für diese Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden - auch die Personen ganz oben in der Befehlskette.«

Russische Streitkräfte haben in der Ukraine Zivilisten in offensichtlichen Kriegsverbrechen außergerichtlich hingerichtet, schreibt Amnesty International. Die befragten Personen hätten wiederholt von »vorsätzlichen Tötungen, rechtswidriger Gewalt und weitverbreiteter Einschüchterung durch russische Streitkräfte gegen unbewaffnete Zivilisten in der Region Kiew« berichtet, so AI. »In den letzten Wochen haben wir Beweise dafür gesammelt, dass die russischen Streitkräfte außergerichtliche Hinrichtungen und andere ungesetzliche Tötungen begangen haben, die als Kriegsverbrechen untersucht werden müssen«, sagte Agnès Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International. Zeugenaussagen zufolge seien unbewaffnete Zivilisten in ihren Häusern und Straßen »mit unsäglichem Grausamkeit und schockierender Brutalität« getötet werden. »Die vorsätzliche Tötung von Zivilisten ist eine Menschenrechtsverletzung und ein Kriegsverbrechen. Diese Todesfälle müssen gründlich untersucht werden, und die Verantwortlichen müssen strafrechtlich verfolgt werden.«

Auch der Bürgermeister von Irpin, Olexander Markuschyn, hat Russland schwere Kriegsverbrechen vorgeworfen. Die russische Truppen hätten die Männer von Frauen und Kindern getrennt, sagte er am Donnerstag der Zeitung »Ukrajinska Prawda« zufolge. »Diejenigen, die ihnen nicht gefielen - und das sind Fakten, es gibt Zeugen -, haben sie erschossen. Diejenigen, die nicht gehorchten, haben sie erschossen«, so Markuschyn. Die Toten seien dann absichtlich von Panzern überrollt worden. Bei einem Besuch in Butscha hat der UN-Koordinator für humanitäre Hilfe, Martin Griffiths, eine Untersuchung der Gräueltaten angekündigt. »Der nächste Schritt ist die Durchführung von Untersuchungen«, sagte er am Donnerstag vor Ort. »Die Welt ist zutiefst schockiert«, betonte Griffiths, der zuvor auch in Moskau war, um sich für eine Waffenruhe im Ukraine-Krieg einzusetzen.

Unterdessen zirkuliert dem »Spiegel« zufolge seit Tagen im Netz ein Video, das die Hinrichtung eines verletzten russischen Soldaten von Ende März zeigen und von der »New York Times« verifiziert worden sein soll. Es zeige laut »New York Times« die gesetzeswidrige Tötung des Soldaten durch ukrainische Kämpfer bei Dmytrivka nahe der Stadt Butscha. Im Video würden mehrere russische Soldaten in Blutlachen liegen. Einer bewegt sich, woraufhin ein ukrainischer Kämpfer Schüsse auf den Mann abfeuert.

.) Streit um geplantes Atommülllager: Wer garantiert Sicherheit? : <https://taz.de/Streit-um-geplantes-Atommuellager/!5846029/> -

Unterirdisches Labor zur Untersuchung der geologischen Struktur in Bure.

Frankreich setzt auf Atomkraft. Doch wie und wo der Atommüll entsorgt werden kann, bleibt unklar. Das Endlager in Bure ist umstritten.

Das ist für mich ein echtes Dilemma: Eines meiner drei Kinder will den Hof übernehmen. Aber ist das wirklich eine wünschenswerte Zukunft?“ Jean-Pierre Simon ist 62 Jahre alt, sehr fit und empfängt im Stall mit seinen zwanzig Kühen. Er hat gewitzte Augen, und obwohl er ziemlich klein ist, errät man unter seiner Windjacke einen von der Arbeit muskulösen Körper. „Auch wenn der Baubeginn weiter verschoben wird, gibt es hier schon rasch Veränderungen.“ Er steht breitbeinig vor seinem Scheunentor und weist in Richtung des gegenüberliegenden Hügels: „Dort soll der Schacht entstehen, mit dem die Container mit dem Atommüll in die Tiefe gesenkt werden, und dort unten in der Senke der Hecke entlang wird eine Bahnlinie gebaut. Die Andra hat eine Lizenz dafür bekommen und den Boden gekauft.“

Simons 140-Hektar-Hof im ostfranzösischen Cirfontaine-en-Ornois grenzt unmittelbar an das Gelände von Bure, wo Frankreich in Stollen, die rund 500 Meter tief liegen, die hochradioaktiven Rückstände aus seinen Atomkraftwerken versenken will. Simon wird alles in seiner Macht Stehende tun, damit es nie soweit kommt. „Das ist so oder so nicht für morgen oder übermorgen, und vielleicht werde ich das selber nicht erleben“, meint der Landwirt Simon mit einem sarkastischen Lachen.

Von Beginn an, seit mittlerweile 25 Jahren, bekämpft er das Vorhaben der Andra, der Nationalen Agentur zur Entsorgung radioaktiver Abfälle. Sie plant, ab 2040 – und bis 2150 – einen unterirdischen Friedhof für den Atommüll zu schaffen. Mit seiner langen Erfahrung und seiner Sachkenntnis gilt Jean-Pierre Simon als historische Figur des Widerstands gegen die Endlagerung in Bure.

Hinter einem Wald, aber nicht zu erblicken von Simons Hof, befindet sich seit zwanzig Jahren das Andra-Labor, das Versuchsbohrungen, Messungen und andere Tests vornimmt, um zu belegen, dass die Schichten aus Tonerde in dieser Gegend ideal wären für die Endlagerung. Diese Forschungsergebnisse sind wie alle Dokumente zum Andra-Projekt in Bure öffentlich zugänglich.

Informationen zum Bau sind für alle einsehbar

Für diese Transparenz, die ein Gesetz vorschreibt, ist eine eigens dazu geschaffene Informationsstelle zuständig. Sie unterhält mitten in Bure ein Büro, in dem alle Unterlagen eingesehen werden können. Ihr Leiter Jean-Louis Canova empfängt gerade ein Fernseherteam des öffentlichen Senders France-5, dem er seine Rolle als Garant der Transparenz erklärt. Andere Menschen, die in diesem sehr entlegenen Dorf mit gerade mal 80 Einwohnern Informationen verlangen, sind nicht in Sicht. Doch niemand soll behaupten können, die Andra-Ingenieure hätten etwas zu verheimlichen.

Das Forschungslabor steht außerhalb des Dorfs mitten in den Feldern. Nicht direkt sichtbar ist, wie in unterirdischen Tunneln, die durch Aufzüge in zwei Schächten

erreichbar sind, schon seit Jahren an den Vorbereitungen gearbeitet wird. Um sich ein Bild zu machen, kann man in einem großzügig ausgestatteten Gebäude neben dem Andra-Labor eine Multimedia-Ausstellung besuchen, welche die Technologie der unterirdischen Lagerung in allen Aspekten und mit allen Sicherheitsvorkehrungen schildert.

Anmewrkung: Die Einlagerung des kompletten hochradioaktiven Atommölls Frankreichs im Endlager Bure dauert über 100 Jahre. Dazu besteht der Anspruch der Rückholbarkeit. Im Ernstfall hat man keine 100 Jahre dafür Zeit.

Frankreich verfolgt das Konzept „Aus den Augen – aus dem Sinn“ eines zu verschließenden Endlagers in der Annahme, dass die Radioaktivität nicht durch die Tonschichten nach oben in die Biosphäre käme. Dabei ist längst erwiesen, dass kein Gestein dies verhindern kann. Es ist nur eine Frage der Zeit – auf jeden Fall viel zu früh in einer Zeit, wo der Atommöll noch so gut wie nichts von seiner Strahlkraft verloren hat. Der hochradioaktive Abfall ist noch nach einer Millionen Jahre so gefährlich wie jetzt der radioaktive Müll in der Asse und schon der wird einfach von der Regierung sehenden Auges absaufen gelassen. Die Forderung muss lauten: **„Der Atommöll muss ewig bewacht und mit größter Sorgfalt bedient werden.“**

.) Brokdorf abgeschaltet: Tschernobyl-Gedenktag am 24. April vor dem stillgelegten AKW : <https://umweltfairaendern.de/2022/04/brokdorf-abgeschaltet-tschernobyl-gedenktag-am-24-april-vor-dem-stillgelegten-akw/> - Zum Jahreswechsel ist das AKW Brokdorf planmäßig stillgelegt worden und die Betriebsgenehmigung erloschen. Rund um den Bau des AKWs in den 1970er Jahren entstand eine bundesweite Anti-Atom-Bewegung. Anlass der gesellschaftlichen Mobilisierung war die Frage, welche Grenzen wir dem wirtschaftlichen Fortschritt einräumen wollten: Atommöll für Millionen Jahre? Super-GAU mit großflächigen Verstrahlungen – wie Tschernobyl uns 1986 mahnte? Und es ging um die Frage: Wenn politisch und wirtschaftlich Verantwortliche eines atomaren Wahnsinns die Grenzen des Wachstums überschreiten: Welche Verantwortung haben wir für den Widerstand und für eine nachhaltig bessere Welt? Die Grenzen des Wachstums sind heute immer noch und noch viel mehr Thema: Klimakatastrophe. Und der Krieg Russlands in der Ukraine mahnt: Tschernobyl ist überall. Am 24. April um 12 Uhr auf dem Deich am AKW Brokdorf gedenken Initiativen dem Jahrestag der Atomkatastrophe vom Tschernobyl, der Klimakrise und dem Leid der Menschen in der Ukraine.

.) Doppelte Standards : <https://www.pressenza.com/de/author/pressenza-berlin/> - von attac Itzehoe: ich erlaube mir ausnahmsweise ein paar persönliche Einschätzungen, der Ukraine-Krieg ist furchtbar, entsetzlich, nicht zu entschuldigen - und Putin hat ihn angefangen - mit mindestens zwei Lügen (Faschismus in der Ukraine und Genozid), wahrscheinlich, um die Soldaten dazu zu bringen, diesen

"Bruder"-Krieg zu führen. Putin wird ihn verlieren, die Ukraine, wir alle werden verlieren - auch der Sieger steht schon fest.

Was mich tief erschüttert an die Ukraine-Kriegs-Berichterstattung sind die Doppelten Standards - es kommt mir so vor, als seien die Medien (und die Menschen?) gehirngeschwaschen- als seien die Angriffs-Kriege, Morde, Greueln, Toten, Flüchtlinge, die auf das Konto insbesondere der USA, der Nato und anderer (Türkei z.B.) gehen, ausgelöscht. Hinzu kommen die Doppelten Flüchtlingsstandards: Wir wissen, wie die EU/Deutschland die Flüchtlinge z.B, auf Lesbos behandelt hat. Mehr als 20 000 Menschen sind im Mittelmeer ertrunken - und unsere Regierung hat mitgeholfen, in dem sie gezielt weggeschaut hat, Libysche Küstenwachen bezahlt usw. Das alles zählt nicht mehr, wird argumentativ weggewischt, vergessen.

Oben unter dem Link ein Artikel zu einem Kunstwerk von Bansky, das uns die Greuel der US-Armee im Irak in Erinnerung bringen soll.

Herzlich Christine

.) Infos zu den Ostermärschen 22 in SH : <https://www.friedenskooperative.de/termine?thema=69&bundesland=30&=&termin-von%255Bvalue%255D%255Bdate%255D=01.04.2022&datum-bis%255Bvalue%255D%255Bdate%255D=25.04.2022>

.) Aufklärung gegen Propaganda ist schwierig – aber nötig :

<https://rtde.live/meinung/135422-aufklaerung-ist-gegen-propaganda-schwach-aber-noetig/> - 5 Apr. 2022 08:32 Uhr- Im Informationskrieg ist der Westen überlegen, so der Eindruck der letzten Jahre. Die Spirale aus propagandistischer Empörung und Sanktionen oder anderen Kriegshandlungen läuft wie ein gut geöltes Uhrwerk. Und dennoch ist es unverzichtbar, nüchtern dagegenzuhalten. von Dagmar Henn

Wenn man die westliche Kriegsführung länger beobachtet, ist Butscha nur eine weitere Wiederholung eines altbekannten Musters. Erst geschieht irgendetwas, das ganz, ganz schrecklich ist, dann folgt die nächste Runde ökonomischer oder militärischer Kriegsmaßnahmen. Manchmal kommen diese Ereignisse, echt oder inszeniert (öfter Letzteres) wirklich überraschend, aber oft hat man schon eine Weile davor das Gefühl von "jetzt müsste eigentlich" und ist dann im Grunde nur noch daran interessiert, welche Maßnahmen danach aus dem Hut gezogen werden.

[Russischer Kriegsreporter auf der Spur des Massakers von Butscha](#)

So war das in Syrien: Wann immer die Syrisch-Arabische Armee Fortschritte machte, kam gleich der Gedanke daran, dass der nächste Film, der nächste vermeintliche Giftgaseinsatz bereits in Arbeit ist. Und nachdem jüngst nicht nur das Video mit der Misshandlung russischer Kriegsgefangener durchgerutscht war, sondern auch noch – zumindest in Deutschland – eine Debatte über die Schäden angefangen hatte, die

diese Sanktionen hier anrichten, ist es logisch, dass irgendetwas kommen musste. Schließlich gibt es zwei Punkte, die der Bevölkerung im Westen und ganz besonders der europäischen nicht klar werden dürfen: wie zweifelhaft der Verbündete ist, der da gestützt werden soll, und wie schrecklich die Folgen der Sanktionen für ihren eigenen Alltag sind.

Aber wie kann man auf diese Art der Propaganda reagieren? Ist es möglich, die Menschen zu erreichen, die all diese Geschichten ohne ein Körnchen Salz schlucken? Das ist keine banale Frage, schließlich beeinträchtigt diese Bereitschaft mittlerweile nicht nur das private wie das politische Leben; sie stellt die Zukunft dieses Landes und womöglich sogar die Zukunft der Menschheit in Frage, sollten die Bilder aus Butscha als Vorwand genutzt werden, um einen Eintritt der NATO in einen Krieg gegen Russland zu begründen. Noch vor einiger Zeit hätte ich das als unmöglich abgetan, aber eine Beendigung von Nord Stream 2 konnte ich mir ebenfalls nicht vorstellen, weil das in etwa das ökonomische Gegenstück dazu ist, sich die Pulsadern zu öffnen. Und trotzdem ist es geschehen.

Der erste Schritt, der diese Propaganda kennzeichnet, ist die Selektivität. Die Bilder aus dem Krieg im Jemen sind um ein Vielfaches schrecklicher als selbst die schlimmsten aus der Ukraine (und damit meine ich jetzt nicht Butscha, das liegt auf einer Ukraine-bezogenen Skala von 1 bis 10 maximal auf 5), weil es um verhungerte Kinder geht; aber diese werden gar nicht erst gezeigt. Bei den Bildern, die gezeigt werden, und den Ereignissen, über die berichtet wird, gibt es dann eine weitere Auswahl zwischen jenen, die man mal eben notiert, jenen, die einen Artikel oder eine Schlagzeile wert sind, und jenen, die in allen Medien unter vollem Einsatz emotionaler Manipulation hochgespielt werden. Zwischen den Nachrichten, die in diese drei Kategorien sortiert werden, gibt es technisch keinen Unterschied. In welcher Kategorie sie landen, ist der Punkt, an dem sich eine Agenda manifestiert.

[Jemen: Waffenstillstand nach wenigen Stunden gebrochen](#)

Das ist alles noch mehr oder weniger normales Handwerk. Die Gegenreaktion besteht darin, die meist einheitliche Sortierung zu durchbrechen, also auch von jenen Dingen zu berichten, die höchstens mal eine Kurzmeldung wert sind, wie der Jemen, und kritisch zu bleiben gegenüber der sofort mitgelieferten Deutung. Es gab Phasen, in denen diese Art des Dagegenhaltens funktionierte, das Bekanntmachen von anderen, abweichenden Tatsachen eine vorhandene Deutung auflösen oder abschwächen konnte; die Enthüllungen über Mý Lai durch Seymour Hersh waren so ein Fall.

Aber das ist 50 Jahre her. Und nicht nur die Art und Weise, wie die Ereignisse, die eine neue Angriffswelle einleiten, dargestellt werden, hat sich geändert.

Berichterstattung heute ist viel emotionaler als vor 30, 40 Jahren. Man kann sich alte Berichte von Peter Scholl-Latour vornehmen, um einen Vergleich zu finden; nicht, dass diese Berichte frei von einer Deutung gewesen wären, aber diese lag auf der

Ebene der Gedanken, nicht der Gefühle. Heute wird das emotionale Etikett gleich mitgeliefert. Was gezeigt wird, ist "schrecklich", "entsetzlich" oder "aufwühlend" oder wird gleich als Verbrechen eingestuft; was nicht gezeigt wird, kann naturgemäß weder gedeutet noch gefühlt werden.

"Massaker", "Grauen", "Schrecken" sind die Worte, die auf den Bildern aus Butscha als Etikett kleben. Das wirkt in mehr als eine Richtung. Es signalisiert nicht nur den "Gläubigen", was sie in diesem Moment fühlen sollen, nämlich Zorn und Abscheu, es signalisiert ihnen auch, wie sie andere wahrnehmen sollen, die sich nicht so leicht überzeugen lassen. Denn wer sich dem vorgegeben Gefühl verweigert, ist entweder ein herzloser Schuft oder ein Gegner. Schon das Nachdenken, die nüchterne Distanz, die gerade bei der Bewertung von Kriegseignissen eigentlich unverzichtbar ist, verstößt dann gegen das, was als menschlich definiert wird. Diese Form emotionalen Drucks ist in dieser Intensität etwas, das in Deutschland zuerst für den Angriff auf Jugoslawien eingeführt worden war, seitdem aber von Runde zu Runde neue Höhen erklimmt und im Umfeld von Corona in alltäglichen Gefühlsterror verwandelt wurde. Was wiederum jetzt das Spiel in Bezug auf die Ukraine deutlich erleichtert.

Analyse

[Human Rights Watch: Unabhängig und neutral im Ukraine-Konflikt?](#)

Man kann diese Emotionalisierung nicht mit einer ebenso emotionalen Gegenerzählung kontern. Schon allein, weil man sich gegenüber einer vereinheitlichten Medienlandschaft, die komplett den gleichen Akkord anstimmt, unvermeidlich in einer unterlegenen Position befindet. Aber auch, weil es nicht das Ziel sein kann, eine manipulative Erzählung durch eine andere zu ersetzen. Das heißt nicht, eigene Gefühle zu verleugnen – aber sie als eigene Gefühle kenntlich zu machen, was dem Leser immer die Option lässt, auf Distanz zu gehen und selbst zu reagieren. Genau das versucht die emotionale Erzählung des Mainstream zu verhindern.

Doch selbst mit der transparentesten Betrachtung, mit Offenlegung aller Überlegungen, die der eigenen Deutung vorausgehen, und bei sorgfältigster Anführung der Quellen gibt es einen großen Teil der Menschen, die nicht zu erreichen sind. Die selbst durch Hinweise auf massive logische Brüche nicht anfangen, nachzudenken. Mein Lieblingsbeispiel dazu bezieht sich auf die Skripal-Erzählung (auch ein Auslöser für Sanktionen gegen Russland). Zwei Personen sollen beim gemeinsamen Durchschreiten einer Tür durch eine am Türgriff aufgetragene Substanz vergiftet worden sein. Zwei? Wenn man sich die Situation bildlich vorstellt – wie viele Personen fassen nach dem Türgriff? Immer nur eine. Ein einfacher, logischer Einwand, der eigentlich dazu führen müsste, zumindest eine Bresche für ein längeres Nachdenken zu schlagen. Aber es funktioniert nicht.

Der Grund dafür liegt darin, dass die sorgfältig manipulative Auswahl der titelseitenwürdigen Objekte und die damit verbundene emotionale Überwältigung

nur die Hälfte der Strategie darstellt. Die zweite Hälfte ist das, was existenziell neu ist oder zumindest sehr lange nicht mehr gebraucht wurde. Sie wurde seit 2014 etabliert, anfänglich mit dem "Querfront"-Vorwurf über Putintroll bis zu Corona-Leugner und Querdenker, und sie blühte inzwischen, wie man an der Entlassung des Dirigenten Valeri Gergijew sieht, längst zu einer Größe auf, die man in der Bundesrepublik höchstens während der Kommunistenhatz der Adenauerzeit, eher noch im Deutschland der Jahre vor 1945 vorgefunden hatte.

[Russland-Sanktionen: BASF-Chef warnt vor "Zerstörung unserer gesamten Volkswirtschaft"](#)

Die zweite Hälfte besteht nämlich schlicht in der stetig wiederholten Mitteilung, dass eine Abweichung von vorgegebenen Deutungen und Gefühlen sofort sanktioniert wird; mit verschiedenen Formen gesellschaftlicher Ächtung, aber auch direkt, durch Verlust des Arbeitsplatzes beispielsweise. Das unterscheidet sich zwar de jure, aber nicht de facto von einer unmittelbaren Strafbarkeit, und selbst an Letztere tastet sich dieses Deutschland schrittweise heran.

Wir sind längst so weit, dass nur wenige Leser dieser Seiten sie am Arbeitsplatz aufrufen dürften und es vermutlich viele gibt, die nicht einmal ihren Freunden erzählen, dass sie einen Blick auf die Meldungen des "Feindsenders" werfen. Und das sind noch die Hartnäckigen, die Zweifler. Diejenigen, die grundsätzlich Argumenten zugänglich sind. Es gibt aber inzwischen große Teile der Gesellschaft, bei denen die permanenten Drohungen so tief ins Unbewusste gesickert sind, dass sie schon gar nicht mehr auf den Gedanken kämen, über die präsentierte Erzählung auch nur nachzudenken.

Selbst ohne diese Drohkulisse gibt es eine Hemmschwelle, die nicht leicht überwunden werden kann. Bis zu einem bestimmten Punkt neigt jeder Mensch dazu, Informationen, die den eigenen Überzeugungen zuwiderlaufen, zu ignorieren. Das ist das Phänomen, das als kognitive Dissonanz bekannt ist – wenn zwei Informationen einander widersprechen, wird eine davon ausgeblendet, und zwar diejenige, die das persönliche Wohlbefinden beeinträchtigt.

[US-Rüstungsindustrie sieht längerfristigen Nutzen im Ukraine-Krieg: US-Senatoren verdienen mit](#)

Der ganz materielle Druck, der aufgebaut wurde, führt dazu, dass sich der Punkt, an dem diese kognitive Dissonanz durchbrochen werden kann, immer weiter nach außen schiebt. Es bräuchte dafür eine ganze Flut abweichender Informationen oder unabweisbare, materielle Tatsachen, die einem auf die Haut rücken, wie sie die ökonomische Katastrophe, die die Sanktionen auslösen werden, liefern dürfte. Wenn ein möglicher Jobverlust angesichts eines gegebenen Mangels an Nahrungsmitteln zu einer Banalität wird, beispielsweise. Aber das ist eine ungewisse Hoffnung, weil sowohl das emotionale Bombardement als auch die Sanktionsdrohung immer noch weiter aufgedreht werden können. In Tschechien stehen mittlerweile prorussische Äußerungen unter Strafe.

Politisch ist das ein Zeichen der Schwäche, und eine höchst gefährliche Strategie.

Schon die massive Gleichschaltung der Medien, die spätestens seit 2014 zu beobachten ist, hat einen Preis – sie schneidet auch eine Informationsquelle ab, aus der die Herrschenden erfahren, wie die Stimmung in der Bevölkerung wirklich ist. Es ist kein Zufall, dass die Meinungsforschung, die das zumindest partiell kompensieren kann, in Deutschland von Joseph Goebbels eingeführt worden war. Wenn über Hunderte von Demonstrationen nicht berichtet wird, wie das bei den Spaziergängen der Fall war, dann ist das eine wichtige Information, die in gebündelter Form nicht mehr zur Verfügung steht. Für alle Beteiligten.

Dann gibt es noch die Frage der Kooperation. Kooperation ist das Kernstück jeder Macht; ihr Fehlen lässt sich nur kurzfristig und unvollkommen durch schiere Gewalt ersetzen. Die Beherrschten müssen beherrscht werden wollen. Wenn die Kooperation bricht, heißt das zwar noch nicht zwingend, dass eine Macht fällt, aber es heißt auf jeden Fall, dass sie jederzeit fallen kann. Ein kleines Beispiel dafür, wie zerbrechende Kooperation aussieht, konnte man sehen, als die USA jüngst versuchten, Ersatz für das russische Öl zu finden, und in den Golfstaaten schlicht niemand telefonisch erreichbar war.

Aber das gilt auch auf der unteren Ebene. Je schwächer die Kooperation, desto mehr Aufwand erfordert es, die eigenen Regeln durchzusetzen. Schon die Vereinheitlichung der öffentlichen Meinung, noch weit mehr aber die beständige Drohung, falls vom Pfad der Tugend abgewichen wird, sind Versuche, eine Kooperation zu erzwingen, die ansonsten nicht mehr gegeben wäre. [Industrieverband: Sehr trübe Aussichten für die deutsche Konjunktur](#)

Riskant ist das aus mehreren Gründen. Zum einen, weil große Teile der Konformen nicht überzeugt, sondern nur überwältigt oder durch den Druck eingeschüchtert sind, aber, je stärker die Erzählung von der Wahrheit abweicht, die Gefahr steigt, dass ein einzelnes Ereignis sie zusammenbrechen lässt. Dieser Schaden ist dann nicht mehr kompensierbar, die Glaubwürdigkeit ist ein für alle Mal komplett dahin. Importierte ukrainische Faschisten, die nur begrenzt kontrollierbar sind, wären etwa erstklassige Kandidaten dafür, solche Ereignisse zu liefern, die die jetzt mühsam heraufbeschworene "Solidarität mit der Ukraine" durch eine abrupte Begegnung mit einer widerlichen Wirklichkeit platzen lassen könnten.

Die ständige Erhöhung des Drucks auf Abweichler oder solche, die Abweichler werden könnten, hat ebenfalls eine unberechenbare Seite. Was, wenn die schiere Äußerung einer Meinung eine Strafe nach sich zieht, die einer schweren Körperverletzung entspricht? In Tschechien reicht der Strafraum für prorussische Äußerungen bereits bis zu drei Jahren Haft. Da kann man doch dem Gegenüber, statt ihm einen Satz ins Gesicht zu schleudern, gleich einen Schlag verpassen. Das ist jetzt nicht als Anregung gemeint, sondern als Feststellung. Je höher der Preis der abweichenden Meinung wird, desto weiter sinkt relativ der Preis des abweichenden Handelns. Auch solche Verschiebungen hatte es historisch bereits gegeben, aber

man landet wieder bei den gleichen historischen Zeiträumen.

Eine stabile demokratische Gesellschaft hat so etwas nicht nötig. Je weiter diese Entwicklung fortschreitet, desto weiter schwinden Stabilität wie Demokratie, was wieder mit einer weiteren Erhöhung des propagandistischen Drucks aufgefangen werden muss. Die Perspektive ist also nicht hübsch, aber in ihren Tiefen verbirgt sich die Möglichkeit plötzlichen Wandels.

Meinung

[Ein paar Worte zu Butscha](#)

Wenn es aber darum geht, dieser Technik etwas entgegenzusetzen, sind die Möglichkeiten sehr begrenzt. Schließlich ist selbst bei größten Anstrengungen nur die erste Hälfte des Mechanismus angreifbar, die Propaganda selbst; die zweite Hälfte, die Drohkulisse, steht nur den Herrschenden zur Verfügung, sie ist Ausfluss materieller Macht, die mit Worten nicht aufgehoben werden kann. Damit einen Umschwung einer öffentlichen Meinung zu erreichen, die zwischen Überwältigung und Bedrohung eingekeilt ist, bleibt Illusion.

Und dennoch sind diese Bemühungen wichtig, denn auch solche Phasen dauern nicht ewig, und eine derart im Kern schwache Macht schwindet irgendwann. Wenn der Westen die Vorherrschaft endgültig verloren hat, wird die wirkliche Welt ihr Recht einfordern. Für diesen Moment braucht es genug klare Köpfe, und daran kann man selbst mit dem augenblicklich schwachen Mittel publizistischer Aufklärung arbeiten. Auch, wenn es nicht gelingt, den Kriegstreibern des Westens in den Arm zu fallen – die Grundsteine für den Frieden werden hier gelegt.

.) Schutzmacht der Landsleute : <https://jungle.world/artikel/2022/14/schutzmacht-der-landsleute> - Die Linkspartei ist durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine noch mehr ins Schwimmen geraten als andere Parteien. Sie war zwar nicht, wie die CDU und SPD, dafür verantwortlich, die deutsche Industrie von russischen Energieimporten abhängig zu machen, aber große Teile der Partei haben die russische Großmachtspolitik jahrelang ignoriert, schöneredet oder sogar verteidigt. Seit Beginn des Kriegs haben sich Hardliner wie Sevim Dağdelen, Sahra Wagenknecht und Klaus Ernst noch mehr darauf versteift. In einer öffentlichen Erklärung gaben sie den USA »maßgeblich Verantwortung« für den Krieg in der Ukraine. Andere, wie Gregor Gysi und die beiden Parteivorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler, fanden angemessene Worte zum russischen Angriffskrieg. Ihnen war in den vergangenen Wochen der Schock deutlich anzumerken, aber auch, dass sie nicht wissen, wie sie mit der aktuellen Lage umgehen sollen. Am Montag sagte Hennig-Wellsow immer noch, sie sei in der Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine »unentschieden« – über einen Monat nach Beginn des Kriegs. Die derzeitige Diskussion über das Energieembargo hätte für die Partei eine Chance darstellen können. Die Haltung der Bundesregierung und der Industrieverbände ist eindeutig:

Ein Embargo könne man sich nicht leisten, der wirtschaftliche Schaden wäre zu groß. Passenderweise stellt die Linkspartei im Bundestag ausgerechnet im Ausschuss für Klimaschutz und Energie mit Klaus Ernst den Vorsitzenden. Ein geeigneter Posten, um wenigstens in dieser Frage der deutschen Staatsräson auf humane, linke Art - entgegenzutreten.

Klaus Ernst hat sich tatsächlich ausgiebig zu dem Thema geäußert – nur nahm er dabei exakt die Position der Bundesregierung ein. Die Märkische Oderzeitung zitierte ihn noch am Montag mit der Warnung, ein Energieboykott gegen Russland würde der deutschen Industrie schaden und »Hunderttausende Arbeitsplätze« zerstören. Auch halte er es trotz allem für richtig, dass sich Deutschland in der Vergangenheit so abhängig von russischem Gas gemacht hat. Sogar der Bau von Nord Stream 2 sei eine richtige Entscheidung gewesen. Er sei für eine »interessengeleitete Rohstoffpolitik«, die sich an den Interessen Europas orientiere. Und diese Haltung bleibe auch nach den Informationen über die Massaker in Butscha richtig, wie Ernst am Montag auf Twitter ausdrücklich bekräftigte.

Es ist keineswegs ausgemacht, dass die einzig richtige linke Position die Forderung nach einem Öl- und Gasembargo ist. Sanktionen treffen vor allem die Zivilbevölkerung und richten großes Leid an. Auch stellt sich die Frage, ob ein solches Embargo den erwünschten Effekt hätte oder eher dazu führen würde, dass sich das russische Regime verhärtet und für weitere militärische Eskalation entscheiden würde. Diese Fragen sind nicht einfach vom Tisch zu wischen. Doch Klaus Ernst erwähnt sie nicht einmal. Ihm geht es um Arbeitsplätze und deutsche Interessen. Sahara Wagenknecht warnte auf ihrem Youtube-Kanal, die Folgen eines Gas- und Ölboykotts wären »vor allem für die deutsche Industrie und die Verbraucher katastrophal«. Wagenknechts Sorge um den deutschen Verbraucher erinnert an die Zeit der sogenannten Flüchtlingskrise. Damals trat sie als Anwältin der »einfachen Leute« auf, die unter den angeblich offenen Grenzen am meisten leiden würden. Auch heutzutage kritisiert Wagenknecht weniger die Verhältnisse – die Preiserhöhungen sind ja tatsächlich ein Horror für viele Menschen in Deutschland –, sondern vor allem eine Politik, die angeblich deutsche Interessen verrate. Dahinter steht die moralisch bankrotte Grundhaltung eines Teils der deutschen Linken: Links ist für sie, was den Landsleuten hilft – und diese Interessen der deutschen kleinen Leute müsse man gegen allerlei globalisierten, liberalen Firlefanz verteidigen: gegen die Forderung, »alle aufzunehmen«, genauso wie heute gegen die Infragestellung der »interessengeleiteten Rohstoffpolitik« Deutschlands. Garniert wird das zwar mit ein paar Standardfloskeln gegen den viel bemühten Neoliberalismus, doch läuft es stets auf das hinaus, was die Bundesregierung eh schon tut: sich für deutsche Nationalinteressen.

.) Israel und Ukrainekrieg: Israel besser verstehen,,Verteidigungspolitik wird durch

den Krieg wichtiger. Vielleicht hilft es uns, die israelischen Sicherheitsinteressen besser nachzuvollziehen : <https://taz.de/Israel-und-Ukrainekrieg/!5843680/> -

Israels konstante Sorgen um seine Sicherheit scheinen manchen übertrieben. Fast schon mit einer gewissen Überheblichkeit beobachten wir in Deutschland und Europa israelische Verteidigungspolitik und scheuen uns nicht, mit erhobenem Zeigefinger zuallererst auf die Einhaltung von Menschenrechten hinzuweisen. Ein Grund hierfür ist die unterschiedliche Ausgangslage. Während Israel lange nur von Feinden umgeben war, fühlte sich Deutschland „von Freunden umzingelt“, wie Johannes Rau einmal formulierte. Über Jahrzehnte wurden europäische Werte und Ideale mehr und mehr zum alleinigen Aushängeschild deutscher Außenpolitik. Ein Luxus, den wir uns nicht mehr leisten können. Bereits 2014 schrieb Henry Kissinger mahnend, Europa befinde sich zwischen einer Vergangenheit, die es überwinden wolle, und einer Zukunft, die es noch nicht definiert hätte.

Der Krieg in der Ukraine erzwingt ein rasches Weiterdenken. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine macht deutlich, dass Diplomatie nur auf fruchtbaren Boden stößt, wenn alle Beteiligten tatsächlich Interesse an einem friedlichen Miteinander haben und bereit sind, sich an die Regeln der internationalen Gemeinschaft zu halten. Dafür braucht es eben auch eine starke militärische Komponente – zur Abschreckung und im schlimmsten Fall auch zur Verteidigung. Solche Erfahrungen muss Israel seit der Staatsgründung immer wieder machen. Vielleicht gelingt es uns jetzt besser, [die israelische Perspektive nachzuvollziehen](#). Der Krieg in der Ukraine wird den Kurs der Außen- und Sicherheitspolitik für die nächsten Jahrzehnte bestimmen. Israel ist Europas wichtigster Partner im Nahen Osten, dessen sicherheitspolitische Interessen wir ernst nehmen und unterstützen sollten. Gleichzeitig bietet sich Israel aufgrund seiner Erfahrungen einmal mehr als starker Partner für Europa an. Wir erleben nicht das Ende der Geschichte, gleichwohl aber ein neues Kapitel der europäischen Politik. Es geht darum, Frieden und Freiheit auch für kommende Generationen zu sichern.

.) Energieembargo gegen Russland: <https://www.rnd.de/politik/energie-embargo-gegen-russland-eu-ist-uneins-37AYIYOL57VSW7JSYIJBXXEBVM.html> -Was ist mit Putins Erdgas?,Die Rufe nach einem kompletten Energieembargo gegen Russland werden lauter. Die Folgen dieses Schrittes sind im Detail nicht zu überschauen.

Was nützt es der Ukraine, wenn Deutsche nun ihre Heizungen herunterdrehen?

Über den Import von Gas, Öl und Kohle finanziert Deutschland den russischen Staatshaushalt mit. Neben Einfuhrstopps hilft also auch Energiesparen, um Wladimir Putins Kriegskasse zu schmälern. „Ein Absenken der Raumtemperatur um 1 bis 2 Grad und eine Optimierung der Heizungseinstellungen kann [den Energiebedarf von Haushalten um mindestens 10 bis 15 Prozent senken](#)“, heißt es etwa bei der Agora Energiewende. 2020 trugen die privaten Haushalte 31 Prozent zum hiesigen

Erdgasverbrauch bei. Verhaltensforscher:innen unterstreichen indes, dass „Frieren für den Frieden“ vor allem das Gefühl vermittele, der Aggression nicht tatenlos gegenüberzustehen.

Hört das Töten auf, wenn Russland keine fossilen Energieträger mehr exportieren kann? Klar ist: Erdöl, Erdgas und mineralische Rohstoffe sind die Haupteinnahmequelle Russlands. Mit ihrem Verkauf erzielten russische Unternehmen 2020 mehr als die Hälfte der Exporterlöse von umgerechnet 332 Milliarden Dollar des Staatsbudgets. Die Devisenreserven gehören mit 630 Milliarden Dollar zwar zu den größten der Welt – aber die kann Russland wegen der Sanktionen derzeit nicht direkt für Importe verwenden. Klar ist allerdings auch: Für die Kriegsführung braucht Putin kaum Devisen. Das Land verfügt ohne Ende über Treibstoff, muss keine ausländischen Söldner:innen bezahlen, militärische Ausrüstung wie Flugzeuge und Panzer sind längst gekauft oder werden im Land produziert – nur bestimmte Hightechbauteile müssen extra importiert werden. Die Sanktionen, auch ein Energieembargo, treffen jedoch die Wirtschaft und die Bevölkerung: Lieferketten sind unterbrochen, westliche Importgüter fehlen. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung geht davon aus, dass die russische Wirtschaftsleistung 2022 um 10 Prozent schrumpft und die Verbraucherpreise um mindestens 20 Prozent steigen. Ob und wie sehr dies Putins Eroberungsgier bremsen könnte, ist völlig unklar. Spätestens nach dem Ende der Schlachten wird er Devisen dringend brauchen, um die Wirtschaft wieder zu stabilisieren. Welche volkswirtschaftlichen Folgen hätte ein komplettes Energieembargo für Deutschland?

Olaf Scholz tat kürzlich in der ARD Prognosen als „unverantwortlich“ ab, die besagen, dass Deutschland einen Stopp von Gaslieferungen aus Russland einigermaßen verkraften könne. Viele Ökonom:innen sahen dies als Angriff auf ihre Zukunft. Tatsächlich schwanken die Meinungen stark, wie Deutschland ohne Gas aus dem Kriegsstaat auskommen würde: Manche Expert:innen sehen einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von 2, manche von bis zu 6 Prozent voraus. Im Coronajahr 2020 sank das BIP um 4,6 Prozent. Die Folge: Millionen Arbeitnehmer:innen mussten kurzarbeiten, Betriebe dichtmachen, und der Staat ging mit 270 Milliarden Euro ins Minus.

.) Sanktionen gegen Russland: Ein Schiff muss bleiben :

<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-oligarchen-101.html> - Im Hamburger Hafen liegt eine Luxusjacht, die einem russischen Oligarchen zugeordnet wird. Nach Recherchen von NDR, WDR und SZ hat das BKA nun die genauen Besitzverhältnisse ermittelt. Das Schiff soll festgesetzt werden. Sie sind Sinnbilder der russischen Oligarchie: Die Mega-jachten der steinreichen Freunde und Bekannten von Wladimir Putin, oft Hunderte Millionen Euro teuer, ausgestattet mit

Hubschrauber-Landeplätzen oder sogar U-Booten. Viele dieser Luxus-Schiffe liegen in Häfen rund um den Globus verteilt, in der Karibik, an der Côte d'Azur, in Dubai, vor der italienischen Küste, den Malediven - oder auch in Hamburg. Im Hafen der Hansestadt, bei der Werft Blohm + Voss, liegt seit einiger Zeit eine solche Oligarchen-jacht: Die Dilbar, 156 Meter lang, 24 Meter breit, rund 500 Millionen Euro soll sie gekostet haben. Aktuell ist das Schiff aufgrund einer Generalüberholung im Trockendock in weiße Planen eingehüllt. Und so schnell wird die Dilbar die deutschen Gewässer wohl auch nicht mehr verlassen.

.) Zürich: «Müssen alles tun, um Russland daran zu hindern, diesen Krieg fortzusetzen»: Links-grüne Allianz will Uranimporte aus Russland stoppen:

<https://www.limmattalerzeitung.ch/limmattal/zuersch/zuersch-muessen-alles-tun-um-russland-daran-zu-hindern-diesen-krieg-fortzusetzen-links-gruene-allianz-will-uranimporte-aus-russland-stoppen-ld.2273685> - Der Kanton Zürich importiert Gas und indirekt auch Uran aus Russland.

Die Dietiker SP-Kantonsrätin Rosmarie Joss verlangt zusammen mit weiteren Kantonsratsmitgliedern eine Stellungnahme vom Regierungsrat – eine Fraktionserklärung geht noch weiter. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine regt die Regierungen weltweit zum Umdenken an. Jahrelang hatte man auf Importe von wichtigen Ressourcen wie etwa Gas oder Uran aus Russland oder Weizen aus der Ukraine gesetzt. Mit dem Ukraine-Krieg sind neue Sorgen um die Versorgungssicherheit entstanden und Bestrebungen für eine grössere Unabhängigkeit vom Ausland im Gange. Entsprechende Forderungen für den Stopp von Importen aus Russland kommen nun auch aus dem Kanton Zürich.

.) Barbarei als Programm, „Ein von Ria Novosti veröffentlichter Gastbeitrag entlarvt, worauf Moskau zielt: die Vernichtung der Ukraine. Es ist Zeit, das zur Kenntnis zu nehmen:

<https://taz.de/Kriegsverbrechen-in-der-Ukraine/!5848278/> - Die Tragödie, die sich in der Ukraine vor den Augen der Weltöffentlichkeit abspielt, hat seit dem vergangenen Wochenende einen neuen Namen, und er wird nicht der letzte auf der Liste von unvorstellbaren Gräueltaten sein: [Butscha. Das Massaker](#), das russische Truppen in dem Kiewer Vorort an wehrlosen Zivilist*innen begangen haben, ist in Worten kaum mehr zu fassen, das wahre Ausmaß der Gewaltorgie noch gar nicht zu ermessen. Wer jetzt noch darüber sinniert, ob es sich um einen bedauerlichen Einzelfall handelt, welche militärische Strategie Russland verfolgt und ob das Kriegsgrauen doch noch auf diplomatischem Weg beendet werden kann, täte besser daran, die nackten Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen. Das Ziel Russlands ist kein geringeres, als das ukrainische Volk, ohnehin nur ein „Irrtum“ der Geschichte, in Gänze zu vernichten und auszulöschen. Kurzum: Barbarei als Programm. Den pseudotheoretischen Unterbau lieferte diese Woche dankenswerterweise die

staatliche russische Nachrichtenagentur Ria Novosti in Form eines Gastbeitrags unter der Überschrift: [„Was Russland mit der Ukraine machen soll“](#). Das neofaschistische Pamphlet par excellence lässt keine Fragen offen. Da ist von De-Ukrainisierung, De-Europäisierung und Umerziehung die Rede – davon, den gesellschaftlichen Sumpf trockenzulegen, vom Krieg als historische Lehrstunde und Sühne für die eigene Schuld. Worauf warten wir noch? Neutralität? Von wegen. Es geht um „Neutralisierung“, sprich Eliminierung auf ganzer Linie, was sonst. Angesichts dieses eiskalt geplanten Völkermordes – und das auch noch mit Ansage – mutet die Vorstellung der Bundesregierung erbärmlich an, und sie hat die Grenze des Zumutbaren längst überschritten. Zaudern, Zögern, Gefeiße um Waffen nebst des Ringens um Zustimmung, ebendiese an die Ukraine zu liefern. Und das alles noch garniert mit Halb- und Unwahrheiten.

Auch an der Analyse eigener Unterlassungssünden und Falschbewertungen in der Vergangenheit mangelt es den Politiker*innen nicht. Doch diese so [publikumswirksam zelebrierte und neu entdeckte Fehlerkultur](#) wird kein einziges Leben in der Ukraine retten. Und sie bleibt wohlfeiles Geschwätz, wenn sie keine Konsequenzen hat.

Mariupol, [Charkiw](#), Donbass, Odessa – das Morden geht weiter. Und man braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, was da noch auf die Ukrainer*innen zukommen wird. Künftige Ausreden, man habe das alles nicht wissen können, haben ausgedient. Ach übrigens: Auch der Satz, man habe Russlands Präsidenten schon viel früher hören und ernst nehmen sollen, war in den vergangenen Woche häufig zu vernehmen. Tun wir es jetzt doch endlich. Worauf warten wir noch?

Ohne Ihre Unterstützung geht es nicht.

Russland hat den Krieg in der Ukraine flächendeckend entfacht. Die Luftangriffe halten an, Städte werden eingekesselt, die Welt reagiert weiter mit Sanktionen, immer mehr Menschen sind auf der Flucht. Mit unserer Ukraine-Berichterstattung versuchen wir das zu tun, was wir können: guten, engagierten Journalismus. Alle Schwerpunkte, Berichte und Hintergründe stellen wir dabei frei zur Verfügung, ohne Paywall. Gerade jetzt müssen sorgfältig recherchierte Artikel und geprüfte Informationen allen zugänglich sein.

Es ist unsere starke und ständig wachsende Community, die unsere Berichterstattung finanziert und den freien Zugang für alle ermöglicht. Mittlerweile sind schon über 33.500 Menschen dabei und zeigen damit, dass unsere Arbeit auf solidarischen Füßen steht. Unsere Leser:innen entscheiden sich dafür, die taz zu unterstützen, weil es eine unabhängige, kritische Stimme in den Medien braucht. Heute mehr denn je. Wenn Sie auch dabei sein möchten, dann melden Sie sich jetzt an.

.) Forschungszentrum Jülich: Verfahren für sicheres Abrüsten von Atomwaffen:
<https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/abruetzung-uebung-atom->

[forschungszentrum-juelich-100.html](https://www.forschungszentrum-juelich-100.html) - Internationale Nuklearwissenschaftler haben am Donnerstag im Forschungszentrum ein neues Verfahren zur sicheren Abrüstung von Atomwaffen vorgestellt.

Es soll die Zerstörung von Sprengköpfen nachweisen können, ohne dass Kontrolleure bei der Demontage zugegen sind. Dafür haben Wissenschaftler unter der Führung von Deutschland und Frankreich ein neues Verfahren ausgetüftelt.

Internationale Zusammenarbeit

Unter möglichst realistischen Bedingungen werden die Abläufe an einem simulierten Sprengkopf erprobt. Im Kern wird die Strahlung am Ort der Demontage gemessen, vorher und nachher, in allen Räumlichkeiten, Ecken und Einrichtungen. An den Werten können die Nuklearphysiker ablesen, ob das nukleare Sprengmaterial vom Sprengkopf getrennt wurde, ob Material verschwunden ist und vieles mehr.

Zerstörung nachweisbar

Der Vorteil ist: Die Zerstörung des Atomsprengekopfs ist sicher nachweisbar, ohne dass ein kontrollierter Staat den Verrat technischer Geheimnisse befürchten muss. Das Verfahren soll in überschaubarer Zeit einsatzbereit sein. Ob es in der Praxis eingesetzt wird, hängt unter anderem von den Nuklearstaaten ab.

.) In Odessa haben wir die Russen geliebt" :

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-odessa-zusammenleben-101.html> - Wie kaum eine andere Stadt war Odessa vor dem Krieg prorussisch geprägt.

Seit Putins Angriff ist alles anders: In der Stadt am Schwarzen Meer wenden sich auch die Russischstämmigen von Russland ab.

Tiefgreifender Stimmungswechsel

Petro Obuchow ist einer der vielen freiwilligen Helfer in der Zentrale zur Verteilung von Hilfsgütern an Flüchtlinge. Auch Obuchow sagt, er sei russischer Abstammung, spreche die meiste Zeit Russisch und nicht Ukrainisch.

Vor Beginn des russischen Angriffskriegs hätten sich in Umfragen immerhin 38 Prozent der Bewohner von Odessa für eine Wirtschaftsunion mit Russland ausgesprochen. Damals habe es noch Hoffnung gegeben, erklärt der Stadtrat, der für die Partei Europäische Solidarität aktiv ist.

Jetzt wollen selbst in Odessa 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung den schnellen Beitritt in die EU. Und auch eine deutliche Mehrheit sei nun für die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO, sagt Obuchow.

Der Patriotismus wird angeheizt

Putins Armee hat mit ihren Bomben und Granaten den Patriotismus in der Ukraine angeheizt - auch bei der großen Gruppe, die Russisch als ihre Muttersprache angibt. Putins Behauptung, man müsse die Ukraine von Faschisten befreien, löst auch bei ihnen nur noch Empörung aus.

Es gehe dem russischen Präsidenten nur darum, den größten Hafen der Ukraine zu besetzen, um so das Land in ein wirtschaftliches Chaos zu treiben, heißt es nun in Odessas Straßen.

Diese und weitere Reportagen sehen Sie auch im Europamagazin - am Sonntag um 12.45 Uhr im Ersten. **Hinweis:** In der Ukraine leben viele Nationalitäten, Umgangssprache ist / war russisch, besonders in den größeren Städten. Russland ist ein Vielvölkerstaat mit mindestens 100 Nationalitäten in 11 Zeitzonen. Seit Jahrzehnten hat Putin den Nationalismus in Russland regelrecht angeheizt. In Russland leben über 15 Millionen Muslime. Die Opposition hat Putin bis 2021 total ausgeschaltet. Siehe z. B. Memorial.

Ukraine Konflikt: Putins Fantasievolk „die Russen“ gibt es gar nicht

Von Irina Scherbakowa, Karl Schlögel 2015

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article147241928/Putins-Fantasievolk-die-Russen-gibt-es-gar-nicht.html> -

Irina Scherbakowa ist Gründerin von Memorial und russische Bürgerrechtlerin lebt seit einer Woche in Deutschland. Sie hätte nie gedacht Moskau verlassen zu müssen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Irina_Scherbakowa

und am 07.04.2022 in -

<https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-7-april-2022-102.html>

.) Kommunisten für den Krieg, Teil des Putin-Systems: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162886.ukraine-krieg-kommunisten-fuer-den-krieg.html> -

Russlands KP begrüßt den Angriff auf die Ukraine. Widerspruch wagen nur wenige. Voll auf Kreml-Kurs: Der russische KP-Chef Gennadi Sjuganow (Mitte) fordert mehr Anstrengungen im Krieg gegen die Ukraine.

An seiner bedingungslosen Unterstützung des russischen Krieges gegen die Ukraine ließ Gennadi Sjuganow keinen Zweifel: «Schmeißen wir die Bandera-Bande raus, die sich in Kiew eingeknistet hat», wandte sich der Vorsitzende der russischen Kommunisten (KPRF) noch am Abend von Moskaus Überfall an die Bewohner des

Nachbarlandes. «Dieser Mob verschandelt euer Leben und lässt uns nicht Freunde sein!», sagte der seit 1993 amtierende Parteichef in einer Videobotschaft.

Die kriegerische Ansprache des 77-Jährigen ist kein privater Ausrutscher: Im Krieg gegen die Ukraine steht die größte der in der Duma geduldeten Oppositionsparteien loyal an der Seite des Kremls. Die Ukraine werde von fanatischen Nationalisten regiert, welche das Volk terrorisierten und ihm einen aggressiven Kurs gegen Russland aufzwingen, wiederholt eine Grundsatzerklärung des Zentralkomitees der KPRF von Ende Februar fast wortgleich Anschuldigungen des russischen Präsidenten. Nato und USA würden Russland aus dem Nachbarland heraus bedrohen, Präsident Wolodymyr Selenskij habe sein Volk verraten. Diese Ergebnisse einer angeblichen «Banderisierung» würden nun rückgängig gemacht und Moskau werde im Donbass den Frieden erzwingen.

.) Weizenkrise und Ukraine-Krieg: Hunger als Waffe : <https://taz.de/Weizenkrise-und-Ukraine-Krieg/!5844762/>

- Mit seinem Angriffskrieg hat Putin nicht nur die Ernährungslage in der Ukraine verschlechtert, sondern auf der ganzen Welt.

Das letzte Schiff, das Lamprakis Lazos mit Weizen beladen ließ, legte vor sechs Wochen in Mykolajyw ab. Als der Frachter von der Hafenstadt zwischen der Krim und Odessa ins Schwarze Meer aufbrach, schlugen in Kiew schon Putins Raketen ein. Lazos ist Geschäftsführer bei einem der größten Getreideexporteure in der Ukraine. Seit den neunziger Jahren ist er im Geschäft, und das nicht schlecht. Sein Whatsapp-Profilfoto zeigt ihn mit schwarzem Hemd und Sonnenbrille auf einer Brücke über dem Canale Grande in Venedig. In Friedenszeiten verkauft seine Firma etwa 2,5 Millionen Tonnen ukrainisches Getreide nach China, Ägypten, Saudi-Arabien und anderswo. - mehr lesen unter dem o. a. Link.

.) Generationen-Gespräch im Ukrainekrieg: Als Oma Baumrinde knabbern musste: <https://taz.de/Generationen-Gespraech-im-Ukrainekrieg/!5848263/>

- Die Erinnerungen von Großeltern aus der Zeit des Weltkriegs sind brandaktuell. Unsere Autorin fände schöner, wenn sie Märchen vorlesen würden.

„Und wenn es gar nichts mehr zu essen gab, haben wir Baumrinde abgerissen und daran geknabbert.“ Kürzlich wurde ich Ohrenzeugin eines Gespräches meiner Oma mit meinen Kindern. Es war der dritte Kriegstag. „Oma Tasja, was erzählst du da?“,

schrie ich. „Was sind das für schreckliche Geschichten?“ Es waren die Erfahrungen meiner Großmutter. So haben sie die Zeit des Holodomor – der großen Hungersnot von 1931/32 in der Sowjetukraine – und des Zweiten Weltkriegs überlebt.

In Oma Tasjas Familie waren sie neun Kinder. Sie gehört zu denen, die noch Jahrzehnte später die Krümel vom Tisch aufgesammelt hat und bei jedem Festessen sagte: „Hauptsache, es gibt keinen Krieg.“ Tasja wurde in der russischen Stadt Jaroslawl geboren. Es war für sie schwer zu verstehen, dass der Ukraine – ihrer zweiten Heimat – von Russland der Krieg erklärt wurde.

.) **Mit anderen Waffen** : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1162475.gewaltfreier-widerstand-im-ukraine-krieg-mit-anderen-waffen.html> - Die Pazifistin Christine Schweitzer ruft die Ukraine zu sozialer statt militärischer Verteidigung auf. Warum das weder naiv noch ignorant ist.